



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903**

574 (9.12.1903) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-107000](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-107000)



# General-Anzeiger



Abonnement:

**Tägliche Ausgabe:**  
70 Pfennig monatlich,  
Bringerlohn 20 Pf. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag 84. 242 pro Quartal.  
Quartal-Nummer 8 Pf.  
**Nur Sonntags-Ausgabe:**  
20 Pfennig monatlich,  
incl. Hausab. durch die Post 25 Pf.

**Inserate:**  
Die Colonne-Zeile ... 20 Pf.  
Kurzfristige Inserate ... 25  
Die Melange-Zeile ... 60

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Größte und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Einnahme für das Vortagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Für unverlangte Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.  
In der Postliste eingetragen  
unter Nr. 3021.

Telephon: Direktion und

Druckerei: Nr. 341  
Redaktion: Nr. 377  
Expedition: Nr. 218  
Filiale: Nr. 815

(Abendsblatt.)

Nr. 574.

Mittwoch, 9. Dezember 1903.

### Die badischen Staatsbahnen und ihr Budget.

Seit einigen Jahren geht gewöhnlich gegen Weihnachten die beunruhigende Nachricht durch das Land, daß das Ertragnis der Badischen Staatsbahnen wiederum gefallen sei. So wurde vor kurzem berichtet, daß für das Jahr 1902 die Rente der Badischen Staatsbahnen nur 2,36 pCt. und für die Staats- und Privatbahnen zusammen nur 2,39 pCt. betrage.

Bei solcher Nachricht versallen ängstliche Gemüter gewöhnlich auf den Gedanken, daß nunmehr die Udgabe der Badischen Staatsbahnen an die preussische Eisenbahn-Gemeinschaft eine unabweisbare Notwendigkeit sei, während die Männer des Rück-schritts darauf hinweisen, daß von einer Reform der Eisenbahn-tarife und dergleichen Dingen unter solchen Umständen keine Rede sein könne. Diese Schlüsse liegen allerdings sehr nahe, wenn man voraussetzt, daß die Rente auf der Basis einer kaufmännisch aufgestellten Bilanz ausgerechnet sei. Dem ist aber nicht so. Vielmehr findet die Renten-Berechnung auf Grund des ohne jährliche Abschreibung festgestellten Anlage-Kapitals statt, d. h. alle seit dem Jahre 1840 für Bauzwecke und Betriebsmittel ausgegebenen Gelder sind zusammengerechnet und der Rentabilitäts-Berechnung zu Grunde gelegt. Für das Jahr 1902 ist demgemäß zu Grunde gelegt ein Anlage-Kapital der Badischen Bahnen von M. 590 880 907.

für den badischen Anteil an der

Main-Redar-Bahn von M. 9 426 931

zusammen M. 600 287 838

Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen die ziffermäßige Darstellung der Rente einen zweifelhaften Wert hat. Hätten wir eine kaufmännisch aufgestellte Bilanz vor uns, so würden wir aus derselben namentlich erfahren, welche Abschreibungen im Laufe der Jahre gemacht worden sind und welches Kapital demgemäß der heutigen Rentenberechnung zu Grunde zu legen ist. Da aber eine derartige Darstellung fehlt, so können wir nur auf Grund des Schuldenstandes der Badischen Bahnen ein annäherndes Bild der wirklichen Rentabilität erhalten.

Die Schulden für die Staatsbahnen, den badischen Anteil der Main-Redar-Bahn und für die Bodensee-Dampfschiffahrt betragen am Schlusse des Jahres 1902 397 010 389 Mark. Die Einnahme-Überschüsse betragen zugleich des Anteils Badens an den Einnahmen der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung 15 054 447 Mark, was eine Verzinsung des Schuldenstandes von 3,8 pCt. ergibt.

Diese Überschüsse reichen somit gegenwärtig noch hin, um die Eisenbahnschuld angemessen zu verzinsen. Die finanzielle Lage unserer Eisenbahnen ist daher nicht so verzweifelt, als es nach dem eingangs erwähnten Rentensatz zu sein den Anschein haben könnte.

Es wäre im Hinblick auf die heutige Finanzlage des Badischen Staates ein verhängnisvolles Unternehmen der Landstände, von der Regierung eine genaue Berechnung des dermaligen Wertes der Badischen Staatsbahnen zu fordern, wobei von der bisherigen Gepflogenheit, den jeweiligen Wert durch Kapitalisierung der zufälligen Jahresrenten zu berechnen, abgesehen wäre.

Ohne Zweifel würde bei dieser Berechnung ein erhebliches Plus gegenüber dem Schuldenstand herauskommen. Dasselbe könnte unbedenklich dem übrigen Staatsvermögen zugerechnet werden, welches beträgt:

a) in Gebäuden	54,5 Millionen
b) in Domänen	144 „
c) Salinen	8 „
d) Bestand der Amortisationskasse	30 „
zusammen	236,5 Millionen

Hierzu kommt dann noch der umlaufende Betriebsfonds. Diesem Staatsvermögen steht kein Pfennig Staatszuschuß gegenüber. Baden gehört also zu denjenigen Staaten, die in der glücklichen Lage sind, keine Schulden zu befragen.

Nach der Darstellung des Herrn Finanzministers in der Zweiten Kammer schließt das Budget der Eisenbahnverwaltung für die nächsten 2 Jahre mit einem Ueberschuß von 14,3 Millionen jährlich ab. Rechnet man dazu den jährlichen Staatszuschuß von 2 Millionen, welcher seit 1894 aus allgemeinen Staatsmitteln zur Eisenbahnverwaltung gegeben wird, so reicht der Gesamtbetrag noch völlig aus zur Verzinsung des Schuldenstandes, welcher gegenwärtig rund jährlich 15 Millionen erfordert. Wirft man die Frage auf, wie kann die finanzielle Lage unserer Eisenbahn verbessert werden, so wird im allgemeinen die Antwort gegeben werden müssen, daß hier ebenso wie bei allen wirtschaftlichen Betrieben in der Hauptsache die Besserung der gegenwärtigen Geschäftslage abgewartet werden muß. In zweiter Reihe wird dahin zu wirken sein, daß durch eine richtige Tarifpolitik und sonstige Maßnahmen der Verwaltung die Einnahmen erhöht werden. Ob der Eisenbahn-Verwaltung auch die Anwendung größerer Sparmaßstäbe zu empfehlen sei, lassen wir dahingestellt. Wir glauben nach den Erfahrungen der Eisenlohrschen Sparpolitik nicht recht an einen Erfolg und sagen in dieser Richtung. Wenden wir zurück auf die badische Eisenbahn-Geschichte, so finden wir, daß auch in früheren Jahren bei schon fast entstelltem Eisenbahnnetz die Rente in manchem Jahr ebenfalls ziemlich nieder war. So brachte das Jahr 1878 eine Rente von 3,07, das Jahr 1891 eine Rente von 2,98, das Jahr 1892 eine Rente von 3,14.

Was nun die Verkehrsvermehrung betrifft, so müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die badische Bahn den Hauptteil ihres Verkehrs im Anschluß an den Rheinverehr erhält. Es muß deshalb nach wie vor Sache einer weitblickenden Eisenbahn-Politik sein, den Verkehr immer stärker auf die Umschlagplätze Mannheim, Karlsruhe und Neßl heranzuziehen, wobei alles das, was bereits in Mannheim für die Bahn gewonnen werden kann, auch hier auf dieselbe übergeleitet werden sollte. Wenn es richtig ist, daß die badische Staatsbahn ihre Dienststellen, welche sie bereits an Mannheim aus ihren eigenen Linien befördern könnte, zur Belebung des etwas stillen Neßl-Hafens zu Wasser nach Neßl bezieht, so wäre das nicht in dem Sinne gehandelt, wie wir uns die Leitung des Verkehrs denken. Die Plätze Neßl und Karlsruhe haben eine wesentlich andere Aufgabe als der Hafen Mannheim. Wenn das Staatsgeld, welches zur Erbauung dieser Häfen ausgegeben wurde, nutzbringend und nicht schädigend wirken soll, so muß darauf gesehen werden, daß mittelst dieser Häfen das Verkehrsgebiet der

badischen Bahn gegen Süden hin erweitert wird, d. h., daß der Ausfall, welchen Baden durch den Betrieb dieser neuen Häfen an Kilometern erleidet, durch eine größere Tonnenzahl für das erweiterte südliche Verkehrsgebiet ersetzt wird. Hauptstütze ist es die Schweiz und Vorarlberg, welche hier in Betracht kommen. In Mannheim wäre, um den Verkehr immer mehr über diesen Punkt heranzuziehen, mit der bisherigen Verpachtungspolitik in Bezug auf Verhältnisse, Lagerplätze und Lagerhäuser zu brechen. Statt daß die Schiffsahrts-Gesellschaften für diese Establishments hohe Pachtzinsen zu zahlen haben, sollte ihnen als den natürlichen Verbündeten der badischen Bahn die Benutzung derselben erleichtert werden. Sind sie es doch, die bei der heutigen Geschäftslage die Kosten der Konkurrenz gegenüber den mitkonkurrierenden Eisenbahnlinien über Frankreich und über Luxemburg, sowie gegen die Häfen Genua, Marseille und Triest allein tragen müssen.

In der Tarif- und Hafenpolitik gibt uns Preußen ein lehrreiches Beispiel. Die deutschen Häfen Bremen, Hamburg und Cuxhaven sind und werden fortgesetzt eisenbahntarifmäßig bevorzugt und zwar teilweise zum Nachteil von Mannheim, das doch auch ein deutscher Hafen ist. Der Hafen Cuxhaven ist gegen eine minimale Pachtsumme in den Betrieb der Westfälischen Transportgesellschaft gegeben. Sollte das nicht ein nachahmenswerter Beispiel für die Badische Regierung sein, namentlich im Hinblick auf ihr großes Interesse am Rheinverehr?

Wir wollen unsere Idee hier nicht näher ausführen, um einseitigen nicht allzu deutlich zu werden.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 9. Dezember 1903.

Weitere Initiativ-Anträge der nat.-liberalen Fraktion.

[ ] Die national-liberale Reichstagsfraktion hat die nachfolgenden weiteren Initiativ-Anträge eingebracht:

Antrag Dr. Baasche, v. Hehl, Dr. Hieber:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen für Errichtung eines Arbeitsamts mit der Aufgabe, daß auf dasselbe die Schlichtungs- und Vermittlungs- und Kommission für Arbeitsbeschaffung übergeben, und daß ihm je in gleicher Zahl Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als ständige Beisitzer angeschlossen werden.

Antrag Bähig, Barling und Dr. Hieber:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. Zur Vorbereitung einer den eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Privatbeamten (Privatangehörigen) entsprechenden allgemeinen obligatorischen Alters- und Invaliditäts-, Witwen- und Waisen-Versicherung durch eine besondere Kommission, zu welcher neben den Vertretern der verbündeten Regierungen auch Vertreter des Reichstags sowie der beteiligten Privatbeamten (Privatangehörigen) und Privatbetriebe und Vertreter der Privatversicherungsunternehmen hinzugezogen sind, Erhebungen in die Wege zu leiten und die hierfür erforderlichen Mittel noch durch einen Nachtragsetat für 1904 anzufragen.

### Tagesneuigkeiten.

— Ein seltener Fall. Aus Elberfeld, 7. Dez., wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich heute der Realgymnasiallehrer Professor Karl Debitius von Barmen unter der Anklage zu verantworten, am 8. Januar d. J. in Ausübung seines Amtes den Quintaner Walter Buscher mißhandelt zu haben. Debitius pflichtete Schüler, die sich vergangen hätten, in der Weise zu züchtigen, daß er die Knaben mit beiden Händen vorn am Nacken faßte, so daß er ihnen mit den gebogenen Daumen unter das Kinn kam, und drückte sie dann unter Knieen und Schenkeln rückwärts an die Wand. Als der Direktor von dieser Züchtigungsmethode eines Tages zufällig Kenntnis erhielt, erließ er ein Rundschreiben an die Lehrer und setzte darin die Reichenfolge der Schulstrafen sowie die Art und Weise ihrer Anwendung genau fest. Nach diesen Bestimmungen sollten die Vergehen mit wiederholten Verwarnungen, Entzügen in das Klassenbuch, Mitteilungen an die Eltern, Nachhaken im Beisein eines Lehrers und unter Benachteiligung der Eltern bestraft werden. Körperliche Züchtigungen sollten nur in Fällen fortgesetzter grober Ungehorsamkeiten vorgenommen werden, jedoch niemals in Gegenwart anderer Schüler, sondern unter vier Augen im Konferenzzimmer, in dem auch der zu bestrafende Knabe aufbewahrt wurde. Mitleiden und Schüttelein sowie Schläge an den Kopf waren untersagt. Trotz dieser Vorschriften wurde Buscher am 8. Januar, als er beim Nachunterricht wiederholt schief an der Wandtafel schrieb, in der vorerwähnten Weise gezüchtigt. Buscher bekam zunächst eine Ohrfeige, wurde an den Kragen gefaßt und gegen einen Schrank gedrückt. Von da aus mußte er nochmals an die Wandtafel kommen und schreiben. Als er abermals schief schrieb, faßte ihn Prof. Debitius aus neuer, schüttelte ihn und drückte ihn nach der anderen Seite des Klassenzimmers bis an einen Schrank. Buscher glitt dabei aus und schlug mit dem Hinterkopf gegen die Wand, daß es „knallte“, wie mehrere seiner Mitschüler bezeugten. Auch erhielt er noch einige Ohrfeigen. Nach der Sitzung sagte er: „Ich bin auf

keinen Platz und weinte. Die Frage eines Mitschülers, ob er sich noch getan, verneinte er. Nachmittags klagte er über Kopfschmerzen. Am anderen Tage kam er jedoch in gewohnter Weise zur Schule. Am Nachmittag wurde er in der Schreibrunde bleich und begann so stark zu zittern, daß er hinausgeführt werden mußte. Als er in der folgenden Turnstunde wiederherein gebracht wurde, wurde er von zwei Mitschülern zur Wohnung seiner in Barmen verheirateten Schwester gebracht, wo er zu Bett gelegt wurde. Ein am folgenden Tage hinzugezogener Arzt dachte zunächst an einen Taphusfall, da das Fieber aber nachließ, an Infektion. Nach längerer Behandlung wurde Buscher in das Elternhaus gebracht, wo ein anderer Arzt starke Schmerzen im Halswirbel feststellte. Der Arzt war gleich der Ansicht, daß etwas passiert sein müsse. Der Knabe bestritt dies aber. Erst kurz vor seinem Tode, als er sein Ende nabefah, erzählte er die ihm gutt geordnete Züchtigung und benannte mehrere andere Mitschüler, denen es ebenso ergangen war. Danach vor dem Lehrer habe ihn bis dahin abgehalten, von der Mißhandlung etwas zu sagen. Wie groß die Furcht Buschers vor seinem Lehrer gewesen sein muß, erhellt aus der Behandlung der Schwester Buschers, daß ihr Bruder sich mit Selbstmordgedanken getragen habe. Es stellte sich einseitige Lähmung und später Erblindung ein. Im Mai erlöste ihn der Tod von weiteren Leiden. Bei der Obduktion der Leiche, die erst sechs Wochen später vorgenommen wurde, ergab sich noch mit Bestimmtheit, daß der Tod infolge einer Gehirnhauteinfaltung eingetreten sei. Es ließ sich aber nicht mehr feststellen, ob die Entzündung auf die erlittenen Mißhandlungen zurückzuführen sei oder nicht. Die Möglichkeit wurde zugegeben. Der Arzt, der den Knaben während seiner Krankheit behandelt hat, meinte, daß der Verstorbenen Anklage zur Tuberkulose gehabt habe. Möglich sei, daß die bis dahin latente Keime sich infolge der Mißhandlungen an der betroffenen Stelle der Gehirnhauteinfaltung und dort deren Erkrankung herbeigeführt hätten. Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Braun hat bei der Obduktion der Leiche im Kopf an anderer Stelle, wo sonst derartige

die Teile des Schädelknochens bereits zerlegt hatten. Dr. Braun hielt es nicht nur für möglich, sondern für außerordentlich wahrscheinlich, daß die Erkrankung der Gehirnhauteinfaltung und damit der Tod eine Folge der erlittenen Mißhandlungen seien. Er gab aber auch eine andere Möglichkeit, insbesondere tuberkulöse Erkrankung, zu. Staatsanwalt Dr. Hey sprach sich dahin aus, daß er persönlich zwar der Überzeugung sei, daß der Tod des Knaben durch die Mißhandlungen hervorgerufen sei, daß dies aber nicht bestimmt erweisen ließe. Angesichts des toten internistischen Vorgehens des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt wegen Mißhandlung sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erklärte sich nach eingehender Beratung für unzuständig, weil der dringende Verdacht der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vorliege und verzog die Sache vor das Schwurgericht.

— Ueber einen besonders traurigen Fall von Mädchenhandel in dem Deutschen National-Komitee zur Befreiung des Mädchenhandels von amtlicher Stelle ein Verdict ausgegangen, dessen Inhalt im folgenden wiedergegeben sei: Im Frühling dieses Jahres wurden durch Angelegen in Essener Zeitungen junge, talentvolle Mädchen zur kostenlosen Ausbildung als Chansonetten u. s. w. gesucht. Es meldete sich darauf eine ganze Reihe fast ausschließlich minderjähriger Mädchen bei dem Direktor Fräulein Gloria aus Gagenau (Elsass), Berlin, Schangstr. 26. Ohne die Zustimmung der Eltern nachgesucht zu haben, ohne die Mädchen auf ihre Veranlagung zu prüfen, schloß er mit fünf von ihnen Verträge, wonach sie sich auf ein Jahr verpflichteten, nach besten Kräften in allen von der Direktion zu veranlassenden Vorstellungen mitzuwirken, wann und wo diese auch stattfinden. Als Gegenleistung wurde den Mädchen freie Station und 10—25 M. Monatsgage zugesagt. Die Essener Polizei wurde auf den Direktor aufmerksam gemacht, und es gelang ihr in zwei Fällen, die Eltern von der beschuldigten Hand ihrer Kinder zu beunruhigen. Zwei Mädchen traten freiwillig von dem Vertrage zurück, weil sie nach ihren eigenen Angaben das Gefühl hatten, daß die Frau, die sie überredet haben sollte, auch die 16-jährige



2. Bei der im Jahre 1905 erfolgenden Gelehrtenprüfung eine sorgfältige Feststellung der verschiedenen Kategorien der Prekandidaten (Prekandidaten) anzuordnen.

Antw. v. Hentl, Münch-Ferber, Pagig und Wallbrecht:

Der Reichstag sollte beschließen:

Die veränderten Bedingungen zu erfüllen, in Erwägung darüber einzutreten, inwiefern die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Unteroffizieren für Arme und Flotte durch Heberhöhung der einzelnen in Folge der ungleichen Verteilung der dienstlichen Obliegenheiten und durch unzulängliche Wohnungsverhältnisse erschwert wird, und tunlichst bald Verbesserungsmaßnahmen an den Reichstag gelangen zu lassen.

zu den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen

Schreibt der „Ruffisch-Deutsche Bot“:

Die zweite Sitzung der Handelsvertragskommission ist am vorigen Freitag (27. November u. St.) beendet worden. Wir haben heute an der Erwartung festgehalten, daß diese Verhandlungen zu gutem Ende führen werden. In unserer Meinung bestätigt sich eine hochoffizielle deutsche Stimme, daß „unüberbrückbare“ Meinungsverschiedenheiten sich nicht herausgestellt haben und nicht eintreten werden. Diese hochoffizielle Grundhaltung findet in russischen Kreisen volle Bestätigung. Es wird von deutscher Seite nicht etwa gesagt, daß die Schwierigkeiten, denen die Unterhändler vielfach begegneten, bereits überwunden seien. Es wird nur der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß sie sich überbrücken lassen. In der Tat werden von russischer Seite 8. B. gegen die Erhöhung der deutschen Getreidezölle im neuen Vertragstext noch lebhafteste Einwände erhoben, ebenso wie deutscherseits gegen die untergeordnete Behandlung der Einfuhr auf dem Landwege, die allzu große Reihe von allzu hohen industriellen Schutzzöllen des russischen Entwurfs usw. Aber es wird von den Regierungen beider Reiche an der freundschaftlichen Bereitwilligkeit festgehalten, über diese Streitpunkte, die von den Unterhändlern nicht bis auf den letzten Nadel ausgeglichen werden konnten, sich näher zu verständigen. Das dritte und letzte Stadium der Entwicklung ist erreicht, dieses dürfte noch den Dezember in Anspruch nehmen.

Eine neue Parteigruppe im Reichstag.

Von einer neuen Parteigruppe, die im Reichstag sich zu bilden im Begriffe steht, erzählt man sich neuestens. Die Anführer sind zu schwach, um eine selbständige Fraktion bilden zu können mit Anspruch auf Kommissionsvertretung u. dgl. Andererseits scheinen die Abgeordneten des Bundes der Landwirte, Dr. Wolff, Vogt-Hall, Vogt-Grallheim, Stauffer (Hamburg), keine Lust zu haben, sich der konservativen Fraktion anzuschließen. Dazu kommen die zwei Christlichsozialen Stöder und Guckardt, sowie die bayerischen Bauernbündler Bachmeier und Hilpert. Alle diese Gruppen und Gruppchen beschäftigen sich als „Wirtschaftliche Vereinigung“ unter der Führung von Liebermann von Sonnenberg zusammenzuschließen. Das Band, was diese recht verschiedenartigen Elemente zusammenhält, wäre weder ein wirtschaftliches noch ein politisches Programm, sondern lediglich die Absicht, sich gewisse parlamentarische Rechte zu sichern, ein Wunsch, der durchaus verständlich ist und nur auf dem Wege einer solchen Gruppenbildung seine Erfüllung erreichen kann. Es wird Sache des Präsidenten sein, ob er so disparate Elemente als eine Gruppe anzuerkennen geneigt ist.

Dr. Barth's Verbrüderungspolitik.

Dr. Barth verheißt sich augenscheinlich immer mehr auf den liberalen Verbrüderungsplan mit der Sozialdemokratie, je mehr er in der freisinnigen Vereinigung selbst Widerstand findet. Seine Rede in Charlottenburg am Montag Abend verfiel bis zu dem Ausdruck, man müsse sich mit der Sozialdemokratie verbrüden, ob sie wolle oder nicht, und sich auch nicht darum kümmern, wenn man von der sozialdemokratischen Presse mit Schmähungen überhäuft werde. Dr. Barth meint, man hätte im Reichstag der Sozialdemokratie eine Vertretung im Reichstagspräsidium aufzwingen müssen. Barth erklärte sich für die Aufnahme von Sozialdemokraten in höhere Verwaltungskämmer und meinte, auch in einem monarchischen Staat könne ein Sozialdemokrat einem Ministerium angehören, wie das Angebot von Violitti gezeigt habe, einen Sozialdemokraten in das Ministerium aufzunehmen. Die Endziele der Sozialdemokratie würden nach Ansicht Barth's vielleicht in 500 Jahren zur Wirklichkeit gelangen. Die Versammlung nahm schließlich eine von Prof. Vögler aus der freisinnigen Vereinigung vorgeschlagene Resolution an für das Zusammenwirken aller Liberalen im Sinne der Grundgedanken von Dr. Barth. In der letzten Diskussion trat auch der sozialdemokratische Stadtv. Biele auf und äußerte gegen die freisinnige Vereinigung mit Bezug auf das Zusammenwirken, die Sozialdemokratie könne sich nicht mit einem Reichstag verbinden. Sie möge erst sorgen, daß sie leben-

bedeutsam wurde, als sie im Begriff war, mit O. abzureisen, angehalten und durch die Polizei der Mutter zugeführt, die gelangte hatte, daß ihre Tochter eine Stille als Dienstmädchen in Essen antreten wolle. Gloria begab sich, nachdem seine Personallisten auf der Polizei festgestellt worden waren, sofort zu der Mutter der Hedwig O., erklärte ihr, daß er Hausbesitzer und verheiratet sei und das Mädchen nur für Haus- und Küchenarbeit engagieren wolle. Mit einem Gelächerschrei wies er sie umzustimmen, so daß sie die Erlaubnis zur Abreise gab. Der Herr Direktor machte nun seinerseits dem Kinderstube entlassenen Schutzbediensteten den Vorschlag, die Abreise bis zum nächsten Tag zu verschieben und mit ihm die Nacht in einem Hotel zu verbringen. Als das Mädchen drohte, unter solchen Umständen zu ihrer Mutter zurückzukehren zu wollen, erklärte sich der Chantantbesitzer zur sofortigen Abreise bereit. Es gelang ihm, noch zwei andere Mädchen zu gewinnen, und um nicht wieder die Aufmerksamkeit der Polizei zu erregen, ließ er die Angeordneten auf einem anderen Bahnhof in den Zug einsteigen und gestellte sich erst später zu ihnen. Nach den in Opatowitz festgestellten gerichtlichen Vernehmungen der Mädchen hat O. diese nach jeder Richtung in das stilles Verbrechen gestürzt. Die künstlerische Ausbildung ging unter Mißhandlungen vor sich. Die Mädchen mußten nach dem Takt des Direktors Briefe nach Hause schreiben, in denen die Zustimmung weitergeführt wurde, daß sie Dienstmädchen seien, und zwar in einem „kommen Hause, in dem viel geübt werde“. Als ein Mädchen, Margarete O. aus Essen, an dem sich O. gleichfalls in unethischer Weise vergangen hatte, heimlich einen verzweifelter Brief an die Eltern schrieb, fing er das Schreiben auf und geriet in Wut. Hedwig O., die eines Tages flüchten wollte, holte er ein und führte sie zwangsweise zurück. Er schickte die 16jährige dadurch ein, daß er ihr drohte, sie wegen eines Diebstahls der Polizei zu übergeben. Die Mutter der O. hatte inzwischen von dem Leben ihrer Tochter Kenntnis erhalten. Auf einen Brief der Frau forderte Gloria schriftlich die Einwilligung, daß ihre Tochter bei ihm Sängerin sei, widrigenfalls diese eine Stelle im Ausland annehme, wo sie nicht mit dem ewigen Jammer der Mutter geplagt würde. Dem

hig werde. Für den Geist, der in der Versammlung herrschte, charakteristisch war die Art, wie Ausführungen, die den Nachbarn der Versammlung nicht gefielen, niedergeschrien wurden. Insbesondere bei den Ausführungen des Kaufmanns Max Gerson, eines Mitgliedes des Walddereins, wurde der Lärm so groß, daß der Redner überhaupt nicht mehr durchzubringen vermochte. Großen Lärm rief auch die Bemerkung von Dr. Spiegel-Charlottenburg hervor, der hervorhob, daß zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus eine zu tiefe Kluft bestehe, als daß ein geistliches Zusammenwirken möglich sei.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

(+) Wenn noch ein Zweifel an der fortgesetzt günstigen Tendenz des Arbeitsmarktes möglich war, so ist dieser durch die Gestaltung von Angebot und Nachfrage während des Monats November beseitigt worden. Der Grad der regelmäßigen Beschäftigung des Arbeitsmarktes, die von Oktober auf November eintritt, bleibt in diesem Jahre weit hinter dem des Vorjahres zurück; auf je 100 offene Stellen ist das Nachfragebot in diesem Jahre nur um 34,7 gegen 55,2 im Vorjahre gewachsen. In den deutschen Arbeitsnachrichten, soweit die Ziffern der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schon vorliegen, kamen im November auf je 100 offene Stellen 174,0 Arbeitsuchende gegen 219,7 im Jahre 1902. Noch günstiger als im Vorjahre stellt sich der November, wenn man den männlichen Arbeitsmarkt allein betrachtet. Gegenüber dem Vorjahre ist hier der Andrang von 280,4 auf 205,2 gesunken. Absolut betrachtet, ist es freilich noch immer ein Anstieg für den Monat November unerfreuliches Ergebnis, daß auf je eine offene Stelle fast zwei Arbeitsuchende kommen. Wenn auch der November besser war, als in den beiden Vorjahren, so hat er den Stand vom Jahre 1900 und auch von 1890 noch bei weitem nicht erreicht. Die Steigerung des Angebotes wurde zunächst durch einen stärkeren Zugang vom platten Lande, wo viele Arbeitskräfte entbehrlich wurden, wesentlich verhängt. Von Arbeitsnachrichtern, die landwirtschaftliche Stellen vermitteln, so z. B. aus Göttingen, wird berichtet, daß das Arbeitsangebot in der Landwirtschaft gegen den Oktober bedeutend zurückgegangen ist. Weiter wurde aber das Angebot auch durch das ungünstige Wetter auffallend erhöht. Der Beginn der Winterperiode hat zu einer Einschränkung der Arbeiten im Freien geführt, infolge deren es ungelehrten Arbeitern außerst schwer wird, Stellung zu erhalten. Auch die Wunstigkeit hat vielfach abgenommen. Durch den Abzug ausländischer Arbeitskräfte, die während des Winters in ihre Heimat zurückgehen, ist das Angebot nur wenig erleichtert worden. Vereinzelt, wie in der Gegend von Ouchlinburg, hat der Abgang der Sackengänger in der ersten Hälfte des November zwar eine vorübergehende Nachschube hervorgerufen, bei dem großen Angebot heimischer Arbeitskräfte konnte sie aber leicht befriedigt werden. Der Beschäftigungsgrad im Bergbau und im Eisenwerke hat sich gegenüber dem Oktober nur wenig geändert. Im Bergbau war die Förderung flaut, die Zahl der Beschäftigten steigend. Für das Eisenwerke und die weiterverarbeitenden Industriezweige charakteristisch bleibt noch immer das fortwährende Lieberangebot auf dem Arbeitsmarkt, das zwar im Abgange begriffen, aber noch lange nicht vermindert ist. Für einzelne Oerter zeigten sich im November Anzeichen einer Besserung. So hofft man in Alai auf zahlreiche Neueinstellungen seitens der kaiserlichen Werft.

Deutsches Reich.

\* Berlin, 8. Dez. (Militär-Pensionsgesetz.)

Das preussische Staatsministerium hat sich in letzter Zeit mit der Revision des Militärpensionsgesetzes beschäftigt. Wie wir hören, beruht die mehrfach verbreitete Annahme, das Ministerium habe die nach dem Bundesrat zugegangenen Entwürfe über diese Materie wesentlich verändert, auf Irrtum; die vom preussischen Staatsministerium beschlossenen Änderungen halten sich vielmehr in sehr engen Grenzen.

— (Zur Staatsdebatte.) Entgegen der Annahme der „Germania“, der neue Reichsschatzsekretär werde am ersten Debatte zum Etat nicht sprechen, ist mit ziemlicher Sicherheit die Einführung des Etats durch eine längere Rede des Reichsschatzsekretärs Herrn v. Stengel zu erwarten.

— (Das verginsliche Schuldkapital des Reiches.) Umfange nach einer dem Reichstage zugegangenen Denkschrift Ende September 1240 Millionen Mark 3/4 Proz., 1783 1/2 Millionen Mark 3 Proz. Schuldverschreibungen und 80 Millionen Mark 4 Proz. Schatzanweisungen. Von Anleihekrediten waren nur noch verfügbar 6 787 946 Mk. Die 3 Proz. Reichsanleihe aus dem Frühjahr 1903 ist an Bantfirmen zum Kurse 91,40 abgegeben und zu 92 Prozent aufgelöst worden. Der Reinertrag entspricht einem Kurse von 91,380 Proz. Der Zinsfuß, zu welchem die Reichsschatz eine aufgenommenen Anleihe aus Schuldverschreibungen zu verginsen hat, betrug nach für die frühere 4 Proz., jetzt 3 1/4 Proz. Reichsschatz auf 3,5337 Proz., für die 3 1/4 Proz. Reichsschatz auf 3,461883 Proz.,

hat allerdings das Vermundchaftsgericht einen Nagel vorgehoben, indem es die Zurückführung des Mädchens zu der Mutter erzwang.

— Die Chirurgie im Dienst der Schönheit. Der berühmte Wiroth war vielleicht der erste wirkliche Künstler unter den Chirurgen, denn es gewährt ihm eine besondere Befriedigung, ein irgendwie entstelltes Menschenkind durch eine Operation in soweit zu verschönern, daß es nicht mehr ein Gegenstand des Mitleids, aber gar des Bewunders für die Mitmenschen zu sein braucht. Wie vielen innigsten Dank er gerade durch die Fürsorge von seinen Patienten gebietet haben muß, ist nicht schwer anzudeuten. Die Chirurgie auf ihrem heutigen hochentwickelten Standpunkt nimmt eine doppelte Rücksicht auf die Schönheit, einmal nach dem Vorbild Billewits und andererseits im Hinblick darauf, daß ein notwendiger operativer Eingriff möglichst wenig zu einer dauernden Entstellung führe. Manche Operation würde wesentlich leichter auszuführen sein, wenn nicht der durchaus berechtigte Grundbedacht wäre, daß dadurch keine Verunstaltung an einem sichtbaren Körperteil veranlaßt werden darf. Die zweite Forderung zu befriedigen, ist Ehrensache jedes Chirurgen, während sich mit der Lösung der ersten Aufgabe nur einige Vertreter der Chirurgie beschäftigen haben. Unter ihnen ist Dr. Werfing zu nennen, der in der „Wiener Medizinischen Wochenschrift“ über eine ganze Reihe von Operationen berichtet, die er zum Zweck der Verschönerung vorgenommen hat. Zunächst spricht er von seinem Verfahren, die Mißbildung der sogenannten doppelten Rippe zu beseitigen, die in einem roten Wulst besteht, der dem Rippenreiter der Oberlippe parallel geht und diese sichtbar verdoppelt. Namentlich beim Sprechen und beim Lachen wirkt diese Mißbildung stark entstellend. Dr. Werfing machte erst die Natur des roten Wulstes anatomisch untersucht, ehe er auf das geeignete Verfahren zu seiner Beseitigung kam. Jetzt kann diese Operation derart bewerkstelligt werden, daß das Ansehen des Mundes vollkommen normal wird. Als zweiten Fall behandelt Dr. Werfing die künstliche Verkleinerung der Charnakel, die tritt durch eine natürliche Mißbildung des Charn, teils durch traumatische Vergrößerung während der Kindheit, teils durch eine einseitige auf gefüllten Ohr

für die 3 Proz. Reichsschatz auf 3,4083 Proz. Die tatsächliche Verzinsung des gesamten bis Ende September 1903 durch Begebung von Schuldverschreibungen realisierten Anleihebetrages stellt sich im Durchschnitt auf 3,4434 Prozent.

— (Zum Befinden des Kaisers.) Schreibt ein Freund der „Tägl. Rdsch.“, er hätte am letzten Sonnabend die Freude gehabt, den Kaiser lebhaft sprechend im Park von Sanssouci zu sehen. Die Stimme des Monarchen hätte klar und kräftig geklungen und deutlich hätte unser Gewährsmann gehört, wie der Kaiser, der zwischen zwei Marineoffizieren ging, zu diesen sagte: „Das ist meine Ansicht; aber ich bin ja nicht unfehlbar.“

— (In der Gruppe der Freisinnigen Vereinigung.) Am es nach der „Frankf. Oberg.“ wegen der Stellung zur Vizepräsidentenwahl zu einer scharfen Auseinandersetzung. Es handelte sich darum, ob man bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten Singer seine Stimme geben sollte; eine Minderheit der kleinen Schar trat für die Wahl Singers ein. Die Mehrheit war aber dagegen, und so kam es zu den erwähnten scharfen Auseinandersetzungen, die außerordentlich heftig gewesen sein sollen. Schließlich einigte man sich aber auf die Abgabe weißer Stimmzettel aus der Erwägung heraus, daß Singer ja doch nicht gewählt werden würde, eine Abgabe der Stimmen der Freisinnigen Vereinigung für ihn ihm also nicht nützen, der freisinnigen Gruppe aber Schaden könnte.

Aus Stadt und Land.

Rannheim, 9. Dezember 1903.

\* Finanzielles Ergebnis des Deutschen Bundesfischens. Der Reizausch beim 14. Deutschen Bundesfischen in Hannover hielt seine Schlußsitzung ab, in welcher der Rechnungsschluß des Fisches erfolgte. Der Ueberschuß des Fisches wird auf 2500 K angegeben, davon sollen 1800 K zu wohltätigen Zwecken Verwendung finden, und 1000 K einen Fonds bilden, dessen Zinsertrag alljährlich als Preis im Schöpfenfest ausgeschossen werden soll.

\* Wieder die Wunder der Sternwelt wird am Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr im Kaiserhofe Herr Wölfler 601 m a n n aus Hamburg einen Vortrag halten. Wie machen auf diesen Vortrag besonders aufmerksam.

\* Mannheimer Singverein. Im Anschluß an das glänzend verlaufene Konzert versammelte sich die Aktivität und auch ein Teil der Passivität des Singvereins im Lokal zu einem gemeinschaftlichen Abendessen, welches in äußerst animierter Stimmung verlief. Trag hierzu schon das allererste anerkannt vorzügliche Gelingen des Konzerts naturgemäß das feine bei, so taten das übrige noch die vom Restaurateur des „Wälderinnungsbaues“, Herrn Drapp, geordnete gute Küche, und ausgezeichnete Weine. Die Reihe der im Laufe des Abends ausgebrachten Toasts eröffnete der Vereinsvorsitzende, Herr Leininger, indem er seiner Freude über das ohne jede Störung verlaufene Konzert Ausdruck gab; er dankte der Aktivität für ihre aufopfernde Hingabe beim Studium der Chöre, sowie den Solisten für die erfolgreiche Unterstützung, namentlich Herrn Hofmann Stegmann für das bereitwillige Einspringen für den dienstlich verhinderten Kollegen, Herrn Kremer. Sein Hoch galt dem unermüdeten, wackeren Dirigenten, Herrn Johannes Starke als demjenigen, der den Hauptanteil am guten Gelingen habe. In seiner Erwiderung toastete Herr Direktor Starke auf den Singverein und in einer weiteren Rede feierte er die Solisten des Abends. Auch vergaß man nicht dem Verein befreundeten Musikdirektoren, Herrn Fritz Neuer in Ploßheim, dessen dem Mannheimer Singverein gewidmeter Chor „Stolzengels am Rhein“ einen so glänzenden Erfolg hatte, daß er da capo verlangt wurde. Dem Komponisten, welcher leider durch eine Veranlassung in seinem Wohnort Mannheim am vorletzten Abend verhindert war, wurde hierdurch durch ein Telegramm Bericht erstattet. Ein Gast, Herr Sammler Wiede aus Jugenheim, der als alljährlicher Besucher der Konzerte des Singvereins denselben ein so großes Interesse entgegenbringt, feierte in berechneten Worten das „Deutsche Lied“. Eine Ueberschuldung wurde den Teilnehmerinnen Anteil durch die Einführung eines jugendlichen Tenors, Herrn Vogel, der vor kurzem hier einbucht wurde, und gegenwärtig seine Ausbildung am hiesigen Hoftheater erhält. Der Sänger entzückte durch den Vortrag zweier Lieder aus „Lohengrin“ und „Martha“, der ein vielversprechendes Talent erkennen ließ. Wie wir hören, soll Herr Vogelstrom schon in absehbarer Zeit sein erstes Debut an der hiesigen Hofbühne befehlen, dem man mit berechtigter Spannung entgegensehen darf. In weiteren Lieder- und sonstigen Vorträgen fehlte es bei dem reichhaltigen Bestand an Solisten und Harmonisten des Vereins nicht, und erst als die etwas vorgerückten Stunden an's Schlingen mahnten, trennten sich die Teilnehmer mit dem Bewußtsein, einen ebenso ehrenvollen, als genussreichen Abend verleben zu haben.

\* Stegmann Reis t. Gestern verschied plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages unser langjähriger Wübürger Herr Stegmann Reis, der Inhaber der alldemselben Mode- und Seidenfirma

pflegt man wenig Aufmerksamkeit zu schenken, aber ein so großes Ohr dürfte seinem Besitzer doch manchen verwunderten und peinlich wirkenden Blick eintragen. Der Wiener Arzt hat erhebliche Verbesserungen zu großer Ehre ohne viele Mühe und ohne auffällige Narben zu erzielen gewußt. Besonders häufig sind abgehörte Ohren, und auch dagegen weiß der Chirurg Rat. Die Operation zur Beseitigung dieses Schönheitsfehlers ist nicht so einfach wie man denken möchte, da das Abheben der Ohren durch eine Eigenschaft des Charnakels veranlaßt wird. Es genügt demnach nicht, am Anfang des Charn eine Hautfalte herauszuschneiden und die Wunde zu vernähen, damit die Charnakel näher an die Kopfbasis herankomme. Nach dieser Operation würde der Knorpel das Ohr bald in die frühere Stellung zurückziehen. Der Eingriff muß deshalb tiefer gehen, indem der Knorpel der Charnakel bloßgelegt und mit dem Messer oberflächlich etwas abgetragen wird, damit er weniger steil steht. Auch diese scheinbar nicht ganz einfache Operation kann so geschehen, daß keine merkbare Narbe verbleibt. Noch mehr in die Wunde gekommen als diese chirurgischen Verfeinerungen, und vielleicht auch noch notwendiger, ist die Einrennung einer mißgeformten Nase. Am dringendsten werden danach die Besitzer einer zu stark gebogenen oder durch einen Sturz entstellten Nase verlangen. Hier ist die Vermeidung einer auffälligen Narbe besonders wichtig, und dadurch wird die Operation erschwert, doch genügt die Kunst des Chirurgen auch in dieser Hinsicht heute vollkommen. Die oft geäußerte Verwundung, die Haut könnte für eine kleiner gemachten Nase nachher zu weit sein und Falten bilden, befriedigte sich bei geschickter Ausführung des Eingriffs nicht. Allerdings hat man ein einfaches Verfahren zu diesem Zweck in der Einrennung von Nasenknorpel gefunden, die allerdings verblühende Erfolge erzielt hat. Die Nasenknorpel haben aber gelehrt, daß doch große Vorsicht dabei nötig ist, weil mitunter Verwundungen erfolgt sind, die eine Herausnahme des Nasenknorpels erfordert haben, und daß zuweilen später die Nase ihre natürlich erreichte Form in höchst unvorteilhafter Weise selbstständig verändert.



E. Fels. Mit ihm ist einer der hervorragendsten Persönlichkeiten der Mannheimer Kaufmannschaft dahingegangen. Aus kleinen Anfängen heraus hat der Verstorbenen dank seiner kolossalen Mühseligkeit und seines angestrengten Fleißes ein stattliches Vermögen geschaffen, das gerade in dem letzten Jahrzehnt einen außerordentlichen Aufschwung genommen, und das heute zu einer Wüste geworden ist, wie keiner in seiner Branche in Mannheim zuvor. Witten aus seiner rastlosen Tätigkeit, die er mit Schluss des Jahres nach 32-jährigem Wirken aufgegeben gedachte, wurde er nun dem Tode überliefert, und das Schicksal hat es leider nicht gewollt, daß er nach langer, fruchtbarer Arbeit die Tage der wohlverdienten Ruhe genießen sollte. Das Geschäft wird nun von jüngeren bewährten Kräften ganz im Sinne des Verstorbenen in der bisherigen Weise und unter der alten Firma weitergeführt werden, und wenn es dem Verstorbenen auch nicht vergönnt war, die wohlverdiente Ruhe zu genießen, seine Werke werden ihn überdauern. Möge der rastlose Mann im Jenseits die Ruhe finden, die ihm auf Erden nicht beschieden war.

## Aus dem Grossherzogtum.

B.C. Heidelberg, 8. Dez. Der Senat der „Mannheimer Anzeiger“ hält öffentliche Vorlesungen, zu denen alle erwachsenen Einwohner unserer Stadt Zutritt haben. Für wünschenswert, die Tugenden, welche solche Vorlesungen innerhalb des offiziellen Lesekreisles anzeigen wollen, haben bloß die Genehmigung des Engheren Senates eingeholt. Abdomen werden die Vorlesungen unter dem Titel „für das Gesamtpublikum“ in die Anzeige der Vorlesungen aufgenommen. Eintrittskarten für Nichtakademiker sind dann bei den Dozenten zu erstehen. Unseres Wissens besteht eine solche durchaus genügende Einrichtung an keiner anderen deutschen Hochschule.

□ Weinheim, 8. Dez. Wie dem „Weinheimer Anzeiger“ zu entnehmen ist, finden demnächst im benachbarten Leutenbach auf Anregung des Herrn Bürgermeisters Rörster durch Herrn Kaufmann W. Oesterle bei der Rörster'schen Brauerei Unterrichtskurse in Buchführung, Korrespondenz und Buchführung statt, wozu schon zahlreiche Anmeldungen eingelaufen sind und zu denen die genannte Brauerei in dankenswerter Weise den erforderlichen Raum zur Verfügung gestellt hat. — Welche fruchtbringende Wirkung ein Zusammenfließen von Landwirten entfalten kann, beweist der ebenfalls von dem tüchtigen Herrn Bürgermeister ins Leben gerufene „Mannheimer Leutenbachverein“, der Umfah in diesem Jahre dürfte die ansehnliche Summe von 400 000 Liter erreichen, wofür den Lieferanten, bei 14 3/4 Ankaufspreis pro Liter, die Summe von etwa 60 000 M. angestrichen ist.

\* Gagfeld, 8. Dez. Hier, wo die Sozialdemokraten im Bürgerausschuß die Mehrheit haben, besteht jetzt auch der Kirchen-gemeinderat in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten. Bei der am Samstag stattgefundenen Ergänzungswahl zum Kirchengemeinderat wurden die 17 vorgeschlagenen sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Da vorher schon zwei Sozialdemokraten Mitglieder dieser Körperschaft waren, so haben sie mit ihren 19 Mandaten von den 38 des Kirchengemeinderats die Mehrheit.

B.C. Karlsruhe, 8. Dez. In der Privatklage des Herrn Hauptlehrers S. Hedmann gegen den Rechtsanwalt D. Walla („Vad. Post“) wurde vor dem Schiedsmann, Herrn Bürgermeister Redner, folgender Vergleich geschlossen: Privatklagener Walla erklärt: In dem in meinem Artikel der „Vad. Post“ Nr. 273 vom 22. Nov. 68, 69, stehenden Artikel „In den Romanen auf dem Badener Seeberge“ ist die Person des Herrn Hauptlehrers Heinrich Hedmann hier nicht als derjenige gemeint, dem die darin ausgesprochenen Vorwürfe gelten sollten. An den Privatkläger wurde dabei gar nicht gedacht. Im allgemeinen nehme ich die in diesem Artikel ausgesprochenen beleidigenden Vorwürfe als unrichtig zurück. Ich bekenne mich selbst als Verfasser jenes Artikels. Ich vergesse dem Privatkläger die Antaklosen mit 10 M., sowie die Kosten des Sühnverfahrens mit 1 M. 20 Pf.

B.C. Donauwörth, 8. Dez. Vom 23. November bis 3. Dez. fanden in den fürstlichen Jagdgebieten der Umgegend die Hoffjagen statt. Das Ergebnis wurde Donnerstagabend im Schloßhof ausgestellt. Zur Strecke kamen: am Hochwild 1 Hirsch, 4 Ziere und 2 Hühner, am Damwild 66 Damböcke und 8 Damgeissen, an Schwarzwild 10 Kellern, 27 Wachen und 4 Ferkel, ferner 8 Rehböcke, 28 Rehgeissen, 165 Füchse und 85 Hasen. Nachts 10 Uhr beendigten die fürstlichen Herrschaften, begleitet von den Kammeren der fürstlichen Jagdbefehlshaber, die Tiere. Fürst Max Eugen dankte den Jagdbesamten und dem Jagdpersonal für das gute Gelingen der Jagd und seinen Jagdgästen, besonders dem Herzog Albrecht von Württemberg, für deren Teilnahme an den Jagden. Mit einem „Seidemanns-Gel“ schloß der Fürst. Am Freitag verließen die fürstlichen Herrschaften und ihre Jagdgäste wieder unsere Stadt. Das Fürstpaar von Fürstberg begab sich auf Einladung der Großh. Herrschaften nach Baden-Baden, von wo sie gestern Abend über Karlsruhe nach Lana (Böhmen) zurückkehrten.

B.C. Waldkirch, 8. Dez. Ein eigenartiger Streich ist hier ausgebrochen. Vor etwa zwei Monaten haben die hiesigen Reizeure den Kreis für das Nästern erhöht, wonach die Männerwelt Waldkirch anscheinend nicht einverstanden war. Denn seit kurzem ist die Zahl der Vollbarte erstaunlich im Wachsen begriffen. Man ist gespannt, wie die „Bartkrisis“ endigen wird. Die holde Damentwelt soll eifrig auf Beilegung des „Streiks“ hinarbeiten.

B.C. Oberhausen, 8. Dez. Die Untersuchungen, welche das Großh. Eisenbahnministerium in Betreff der Erbauung einer Bahn von Oberhausen oder von Rosenberg nach Remscheid angestellt hat, sind nach den der Kammer vorgelegten Nachweisungen über die Erledigung der auf dem vorigen Landtag der Regierung übergebenen Petitionen wenig aussichtsreich. Die Länge einer Bahn von Oberhausen nach Remscheid würde 24 Kilometer, von Rosenberg dahin 19 Kilometer betragen. Der Bau würde bei der Beschaffenheit des Geländes die Erstellung von Tunnels und sonstiger schwieriger Bauarten erfordern. Die Baukosten, ohne Grunderwerb, sind für Oberhausen auf 4 100 000 M., für Rosenberg auf 3 700 000 M. berechnet. Nach den Rentabilitätsberechnungen würde für die Strecke von Oberhausen aus ein jährlicher Betriebserlös von 71 000 M., für die Strecke Rosenberg ein solcher von 65 000 M. notwendig werden, wozu für Vergütung des Kapitals noch 123 000 M. bezw. 99 000 M. jährlich hinzukommen. Das Ministerium lehnt die Bahn als Staatsbahn ab und gibt auch wenig Hoffnung auf eine Privatbahn.

## Gerichtszeitung.

sch. Freiburg, 8. Dez. Der aus Furtwangen stammende 33jährige Tagelöhner Josef Kienig war diesen Sommer aus dem Zuchthaus gekommen. Dreieinhalb Jahre war er hinter den Rausen gefesselt. Erhalten und Betragen war sein Hauptvergnügen. Im Elgal trieb er im Juli wieder sein Unwesen, und als ihm der Boden zu heiß wurde, begab er sich ins Schwabenland, um auch hier seine schmutzige Wirtenschaft abzugeben. Auf frischer Tat ertappt, wurde er ins das Mannheimer Gericht zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus. Nun hatte er sich aber wegen der Elgalüberlieferung noch vor dem Freiburger Gericht zu verantworten. Hier gestand er alle Taten ein und gab seiner heißen Sehnsucht nach dem Zuchthaus Ausdruck, daß er sich nicht hat, ihn so bald wie möglich entlassen zu lassen. Kienig hat im Ganzen 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus erhalten. Sein Verlangen nach dem Zuchthaus wäre also auf eine Welle gestützt.

\* Mainz, 8. Dez. Der gestrige erste Verhandlungstag des Schwurgerichts führte den 25 Jahre alten aus Darmstadt gebürtigen Schloßer Valentin Bischer auf die Anklagebank. Bei seinen

Äußerungen war keine Frau aufgezogen worden. Wo er, als sie 18 Jahre alt geworden, heiratete. Die Frau, die seiner in höchsten Grade begehrt hatte, vermachte nichts von dem Vermögen, das der Mann in sich in den Wirtshäusern herum. Streit und Jank gab es täglich, bis im Frühjahr die Frau mit ihrem Kind zu der verheirateten Schwester ihres Mannes zog. Dort wurde sie wieder Mutter und lebte dann auch auf Witten ihres Mannes mit beiden Kindern zu ihm zurück. Das alte Leben ging aber bald von neuem los und nach wenigen Wochen zog die Frau mit den beiden Kindern wieder zu der Schwägerin. Dem Mann kam dann zu Ohren, daß seine Frau mit den Rührleuten Berum und Diebstahl in Wirtshäusern gewesen worden sei und darüber fürchtbar aufgebracht, lief er zu ihrer Wohnung, setzte sich mit den beiden Kindern vor die Türe und erklärte, er gehe nicht eher fort, bis seine Frau mitkomme. Inzwischen tauchten Berum und Diebstahl auf der Wirtshausfläche auf und schlugen auf Hühner ein. Weinend rief er ihnen zu: „Das habt ihr mir nicht umsonst getan!“ Im nächsten Augenblick hatte er seine beiden Kinder aufgedeckt, lief nach dem Hofhaken und stürzte sich mit ihnen in den Rhein. Das jüngste Kind ertrank, den Vater und den älteren Knaben retteten Gassenkinder. Welchen hatte sich nun Jischer vor dem Schwurgericht wegen verurteilt und vollendeten Totschlags zu verantworten. Den Vorst. führte Herr Landgerichtsrat Rees, die Anklage vertrat Herr Staatsanwalt Schneider und als Verteidiger handelte der Angeklagte Herr Dr. Leopold Mayer zur Seite. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete nach Vernehmung von 17 Zeugen mit der Freisprechung des Angeklagten.

\* Der Streit um den Nachlass der ermordeten „Widowschulke“ hat nun vor dem Reichsgericht seinen Abschluß gefunden. Bekanntlich waren am 14. August 1897, in der Königsgraben Straße in Berlin, die Rentierswitwe Schulke und ihre Stiefmutter Alara Schulke von dem Schußhändler Götzsch ermordet worden. Götzsch, welcher nach Amerika entflohen, wurde durch einen Spion, welchen er bei sich hatte, verraten und nachdem er nach Europa ausgeliefert, in Berlin verurteilt, und im Dezember 1900 hingerichtet. Um die Erbschaft der Witwe Schulke, welche als reichliche Frau unter dem Namen „Widowschulke“ bekannt gewesen, entkam sich nun ein Streit. Die Geschwister der ermordeten Alara Schulke (Tochter des Rentiers Schulke) strengten gegen den vom Gericht ernannten Testamentvollstrecker eine Klage an, auf Herausgabe des Nachlasses der Witwe Schulke, wobei geltend gemacht wurde, daß die Alara Schulke die Erbin der Witwe Schulke gewesen, indem diese (Alara) später ermordet wurde und daher die erst ermordete Witwe Schulke überlebt habe. Hierzu ist zu bemerken, daß beide Frauen ein Testament hinterlassen hatten, dahingehend, daß die andere alleinige Erbin sein sollte. Die Alara Schulke hatte in ihrem Testament noch gesagt: „Das innige Verhältnis zwischen mir und meiner Stiefmutter veranlaßt mich, meine rechten Geschwister berechtigt von meinem Nachlass ganz auszuschließen.“ Der Beklagte, dem sich noch ein paar entfernte Verwandte der Schulke anschlossen, behauptete nun, die klagenden Geschwister seien nach diesem Testamentssatz enterbt. Das Landgericht Berlin hatte im Jahr 1898 auch die Klage abgewiesen, weil nicht festgestellt werden konnte, daß die Alara Schulke ihre Stiefmutter überlebt habe. Die Kläger legten Berufung beim Kammergericht ein, und nach diesen Verhandlungen hat das Berufungsgericht im März d. J. das erste Urteil dahin abgeändert, daß der Testamentvollstrecker anzuerkennen hat, daß die Alara Schulke die alleinige Erbin der Witwe Schulke geworden ist und der Nachlass herauszugeben ist. Durch Götzsch und andere Umstände war festgestellt, daß die Witwe Schulke zuerst ermordet wurde und daß die Alara Schulke ihre Geschwister mit enterben wollte, im Falle die Stiefmutter sie (die Alara) überlebte. Gegen dieses Urteil hatten ein Teil der Beklagten (entfernte Verwandte) Revision eingelegt, der vierte Civilsenat des Reichsgerichts hat aber das Kammergerichtsurteil bestätigt.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hochschule für Kunst in Mannheim. Der Sonntag, 6. d. M., hatte die erste Vorlesung des laufenden Unterrichtsjahres: „Die Kunst im Kunstwerk Richard Wagners.“ (Herr Kunst-Direktor Vade) hatte eine zahlreiche und andächtig lauschende Hörerschaft versammelt. Herr Vade hatte den Stoff wohl zu disponieren verstanden, er sprach über eine Stunde in durchweg fesselnder, geistvoller Weise mit völliger Beherrschung aller oratorischen Hünfte, frei nach dem Gedächtnis. Das Herangehen des Hörers, der in die Welt unserer Begriffe und Vorstellungen, das geheimnisvolle Wälten heiterer Geistes und Sinnensmächte, wie es schließlich in jedem großen Kunstwerk sich und Staunenden offenbart, das magte Herr Vade an den Werken Richard Wagners in bezaubernden Worten, unfaßbares poetisch duktend, nachzuweisen. Den von den Zuhörern oft unheimlich empfundenen erhabenen, welt-entzückten Schönheiten der Wagnerischen Dichtung ging der Redner mit feinem spürendem Sinne nach und fand oftmals ganz prächtige Worte zur Erklärung der in Wagners Werken wirkenden Symbole. Der neue Vortragssaal der Hochschule für Kunst, der in voriger Woche als Konzertsaal sich bereits bewährt, hat sich auch bei dieser Gelegenheit sowohl akustisch wie in jeder anderen Hinsicht als vollkommen geeignet für seinen Zweck erwiesen.

Wietro Mosconi hat seinen neue Oper „Marie Antoinette“ beendet. Die erste Aufführung wird demnächst im Konstant-Theater in Rom stattfinden, mit dem Varieten Maria Valsimini in der Rolle Ludwigs XVI. Das Textbuch ist von Giuseppe Giacosa und Luigi Illica verfasst. Die neue Oper hat sieben Bilder: der Wiener Hof mit der Kaiserin Maria Theresia und ihrer Tochter Marie Antoinette; der Empfang der österreichischen Prinzessin in Versailles; die Verhaftung in Varennes; Marie Antoinette vor dem Konvent; der Tempel; das Revolutionstribunal, und als Schlussbild — die Hinrichtung. . . Das letzte verspricht sehr musikalisch zu werden!

Neue Mitteilungen. Die „Neue Gemeinschaft“ in Schlachtensee, die von Julius und Heinrich Gortz gegründet wurde, löst sich, wie aus guter Quelle berichtet wird, binnen kurzem auf. Schon sind seit dem Herbst die in Aussicht genommenen „Feste“ eingestellt. Die Gemeinschaft wünscht sich mehr zu „beratern“. Der Pachtvertrag wird nicht wieder erneuert. Schlachtensee erwies sich als zu trockener Boden für allgemeine Brüder- und Schwesternlichkeit.

## Sitzung des Bürgerausschusses

vom Mittwoch, 9. Dezember.

Oberbürgermeister Vede eröffnete um 1/4 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 91 Mitglieder des Kollegiums.

Den ersten Punkt bildet der Antrag des Stadtrats wegen

Rücknahme der Strafenkosten für die Bekämpfung der

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

Es handelt sich in der Vorlage des Stadtrats darum, die Eigen-

der Strafenkosten für die Bekämpfung der Strafenkosten für die

und verheißungsvolle Mahnung für eine so absonderliche, daß alle Mittel und Wege ergriffen werden müssen, um die Einführung von

Zahlungsmitteln zu verhüten.

Oberbürgermeister Vede teilt mit, daß er nach Erledigung der

heutigen Tagesordnung dem Bürgerausschuß Gelegenheit geben

werde, sich zu der hochwichtigen Angelegenheit zu äußern.

Stv. R. u. l. d. a. bemerkt, daß auch der Stadtratsordnungsrat

die Ansicht gehabt habe, die Sache heute zur Sprache zu bringen, um

wenn möglich den Eindruck der vom Stadtrat gefassten Resolution zu

verhüten.

Stv. R. u. l. d. a. ist gegen die heutige Vorlage. Der Großh. Ver-

waltungsgerichtshof habe gegen die Stadt entschieden und man solle

es dabei bewenden lassen.

Nachdem Stv. R. u. l. d. a. und Bürgermeister v. Hollander

für die Vorlage gesprochen, wird dieselbe mit großer Mehrheit aus-

gesprochen.

## Herstellung der Redarauer Landstraße.

Nach der von uns mitgeteilten Vorlage des Stadtrats sollen die

Angränger der Redarauer Landstraße zu den Straßenherstellungskosten

in Höhe von 194 700 Mark herangezogen werden.

Oberbürgermeister Vede teilt mit, daß die Realisation der Angrä-

berungen folgenden Antrag stelle: „Die Angränger der Redarauer

Landstraße, welche bei Einverleibung der Gemeinde Redarau im

Ortssteil Redarau schon ihre Grundstücke überbaut hatten, sollen für

den überbauten Teil von den Straßenkosten befreit werden.“

Stv. R. u. l. d. a. referiert über die Vorlage. Er teilt mit, daß

die Angränger schon angekündigt haben, daß sie einen Prozeß gegen

die Stadt anstrengen werden, wenn diese die Erhaltung der Straßen-

kosten beschließen werde. Redner tritt für die Stadtratsliche Vorlage

ein und bekämpft entschieden den Antrag der Fraktion der Nieder-

besteneren, der zu unabsehbaren Konsequenzen führen könne. Weiter

bespricht Redner die verschiedenen gegen den Straßenkostenbeitrag er-

hebenden Einsprüche, die er als unberechtigt erachtet.

Stv. R. u. l. d. a. erklärt, daß er leider kein glücklicher Besitzer von

Grundstücken an der Redarauer Landstraße sei; wenn er es wäre,

würde er auch Einsprüche erhoben haben. Die Redarauer Landstraße

habe sich vor der Einverleibung in einem viel besseren Zustande be-

gefunden als heute (Rufe: Oho.) Die Straße sei inzwischen kanalisiert

worden und habe deshalb aufgeräumt und unterhalten werden müssen.

Es sei aber doch selbstverständlich, daß die Stadt dann die Straße

auch wieder auf ihre eigenen Kosten herstelle. Redner geht sodann

auf die verschiedenen Einsprüche ein, deren Berechtigung er nachzu-

weisen sucht.

Stv. R. u. l. d. a. führt aus, er stehe auf dem Standpunkt, daß die

Angränger von neuen Straßen zu den Straßenkosten herangezogen

werden. Aber hier handele es sich nicht um eine neue Straße, son-

dern um die Verbesserung einer schon seit langer Zeit bestehenden

Ortsstraße. Für eine solche Verbesserung können aber die Angränger

nicht herangezogen werden. Bei der Herstellung der Planen und der

Rechtsfrage seien die Angränger auch nicht herangezogen worden.

In der Vorlage ist eingehend mitgeteilt worden, was im Jahre 1708

mit der Straße geschehen ist. Was geht das uns an. Wir leben

heute im Jahre 1908 (Heiterkeit und Rufe: 1908) und brauchen

nicht zu wissen, was man früher gemacht hat. Die Verbesserung

der Redarauer Landstraße habe im Interesse der Stadt gelegen. Die

sonst keine zweispurige Straßenbahn hätte bauen können. Die Stadt

habe bei der Herstellung der Straße die bestehenden, den Angrängern

gehörenden Grundstücke herausgenommen und sie fortgeschafft, die

neuen Grundstücke lasse sie sich dagegen von den Angrängern bezahlen,

die gar nicht wissen, wo ihre alten Grundstücke hingekommen sind.

Stv. R. u. l. d. a. stellt sich auf den Standpunkt des Vorredners. Die

Redarauer Landstraße habe als Ortsstraße schon bestanden und es sei

deßhalb gerecht, wenn man diejenigen von dem Beitrag zu den

Straßenkosten freilasse, die schon vor der Verbesserung der Straße

ihre Häuser dort gebaut haben. Diesen Leuten soll jetzt stillsch

und moralisch ihre Sache genommen werden. (Heiterkeit.) Die

Stadt werde den Prozeß sicher verlieren. Wenn die Redarauer Ein-

wohnerschaft heute noch einmal vor der Frage der Eingemeindung

stehen würde, so würde sie ganz sicher sagen: „Heinrich, wir graut

vor Dir!“ (Heiterkeit.)

Stv. R. u. l. d. a. führt aus, daß man nach den Aus-

führungen der Vorredner eigentlich annehmen müsse, daß die

Redarauer Landstraße von dem Tiefbauamt in Grund und Boden

hinein verpachtet worden sei. Redner warnt vor einem Prozeß.

Nach in der Seidenheimerstraße seien die Angränger herangezogen

worden und diese haben den von ihnen angestrebten Prozeß ver-

loren. Bei der Mittelstraße sei dies ebenfalls der Fall. Er habe

ganz früher auf einem anderen Standpunkt gestanden, nachdem aber

der Verwaltungsgerichtshof einmal anders entschieden, widerstehe

er den Angrängern einen Prozeß anzuklagen.

Bürgermeister Martin weist auf die große Schwierigkeit der

Entscheidung der Frage hin, was neue und was schon bestehende

Ortsstraßen sind. Wenn die Frage so klar liege, wie der Stv.

Schlichter es anzunehmen scheint, würde die Sache sehr einfach sein.

Stv. R. u. l. d. a. und Stv. Schlichter teilen den Ausführungen der

beiden Vorredner entgegen und wiederholen ihre Ansicht, daß die

Redarauer Landstraße sich vor der Kanalisation in einem besseren

Zustande befunden habe, als heute.

Stv. Levi erwidert den Stadtrat, mit den Angrängern einen

gütlichen Vergleich zu versuchen. Es handele sich bei dem von seinen

Fraktionsgenossen gestellten Antrag um einen Betrag von 33 000 M.

In Redarau herrsche sehr große Unzufriedenheit und es sei Pflicht

des ganzen Bürgerausschusses, alles zu tun, um diese Unzufrieden-

heit möglichst zu beseitigen.

Bürgermeister Martin entgegnet, daß ein gütlicher Vergleich

nicht möglich sei. Die Stadt verlässe hier nach ganz bestimmten

feststehenden Grundstücken, von denen sie nicht abgehen könne. Die

Stadt habe kein Recht, auf einen Betrag von 33 000 M. zu verzichten.

Die Stadt führe nicht mit den Angrängern Prozeß, sondern umge-

kehrt, die Angränger strengen die Prozesse gegen die Stadt an.

Stv. Hartmann weist nach, daß von den Angrängern ja

nur der für die Verbesserung aufgewendete Betrag erhoben werde.

Durch die Einholung des Kanals sei die Bebauungsfähigkeit der

Straße herbeigeführt und dadurch eine ganz bedeutende Erhöhung

des Wertes des dortigen Geländes herbeigeführt worden.

Stv. Süß bestreitet, daß eine Verbesserung der Redarauer

Landstraße herbeigeführt worden sei. Was den Beitrag der An-

gränger in der Seidenheimer Straße und in der Mittelstraße anbe-

lange, so seien durch denselben viele Leute einfach taput gegangen.

(Widerpruch.)

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag der Niederbestener-

ten wird abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Vorlage von der heutigen

Tagesordnung abzuheben und mit den Angrängern behufs Herbei-

führung eines gütlichen Vergleichs in Unterhandlungen zu treten. Die

Vorlage des Stadtrats wird hiermit mit großer Mehrheit ange-

nommen. Dagegen stimmt die sozialdemokratische Fraktion mit Aus-

nahme der Stadträte Drecksch, Wader und Foshag, von denen die

beiden erstern direkt für die Vorlage des Stadtrats votieren,

während Foshag während der Abstimmung den Saal verläßt.

Herstellung der Gasfabrikstraße

von der Meerfeldstraße bis zur Redarauer Landstraße.

Die Baukosten betragen 315 252 Mark.

Stv. R. u. l. d. a. empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stv. J. H. g. weist auf die Wichtigkeit der Herbeiführung der

Seidenheimerstraße hin, durch die der gleiche Zweck erreicht werden

würde, wie durch die vorgesehene Gasfabrikstraße. Er hofft,

durch den Bau der Gasfabrikstraße die Herbeiführung der Seiden-

straße nicht hinausgeschoben werde.



Bürgermeister Martin entgegnet, daß die Fortsetzung der Eisenbahnverträge ins Auge gefaßt sei.

Die Vorlage des Stadtrats wird hierauf einstimmig genehmigt.

Ohne Debatte werden sodann gutgeheißen die von uns schon mitgetheilten Vorlagen des Stadtrats betreffend:

Vertheilung einer Verbindungsstraße zwischen dem Bahnhof Walldorf und dem Lungenberg daselbst, hier den Bezug der Angrenger zur Tragung der Straßenkosten.

Vertheilung der Humboldtstraße in den Radargärten (früher 7. Querstraße), hier Bezug des Grundstücks Nr. 19-22, der Josef Sammler'scher Ehefrau gehörend.

Vertheilung der Meerbachstraße im Stadtteil Lindenhof.

Vertheilung der alten Frankfurter Straße zwischen Spedweg und Sandhofstraße in Walldorf.

Verpachtung städtischer Grundstücke.

Verpachtung städtischen Geländes an Joh. Jakob Rumpel hier.

Verkauf städtischen Geländes an der Mannheimer Landstraße.

Die Vorlagen wurden teils von dem St. R. M. A. n. u. n. teils vom St. R. S. E. I. b. teils vom St. R. S. I. d. a. befürwortet.

**Gegenstandsverwaltung.**

Auch diese Vorlage des Stadtrats, in der es sich um den Verkauf von 3468 Qm. Gelände von Johann Schödl III. Wwe. zum Preise von 62 Pfg. pro Qm. in der ehemaligen Gemarkung Kästthal handelt, wird debattelos gutgeheißen.

**Geländeabtretung an die Grösch. Bab. Eisenbahnverwaltung zum Bau des 2. Rangierbahnhofs.**

Nach der Vorlage des Stadtrats handelt es sich um den Verkauf von Gelände im Betrage von M. 788 968,25.

St. R. S. I. d. a. empfiehlt die Vorlage und gibt der Freude Ausdruck, daß von Redarau auch einmal etwas Geld herentomme.

Bis jetzt sei das Geschäft, welches die Stadt mit Redarau gemacht, kein so glänzendes gewesen.

St. R. S. I. n. d. a. b. bittet den Stadtrat, darauf hinzuwirken, daß bei den Arbeiten zu dem neuen Rangierbahnhof die Arbeitslosen beschäftigt und sodann auch die einheimischen Handwerker und Lieferanten in erster Linie berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Wed. entgegnet, daß die Stadtgemeinde sich bezüglich der Beschäftigung der Arbeitslosen auf den Standpunkt stelle, daß der Staat hierzu in erster Linie verpflichtet sei.

Der Staat lehne es aber in diesem Jahre entschieden ab, irgendwie etwas für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu tun, wie aus den später zu verlesenden Schreiben hervorgehe.

Was die Berücksichtigung der Handwerker und Lieferanten anbelange, so sei dies ein neues Moment und der Stadtrat wolle nicht unterlassen, den Wunsch zur Kenntnis der zuständigen Behörde zu bringen.

Er müsse aber darauf hinweisen, daß hier die Stellung der Staatsbehörde eine andere sei, als diejenige der Stadtgemeinde, da dem Staate die Hebelwerke, Friedelschloßer u. dgl. ungleich näher am Herzen liegen, wie die Mannheimer.

St. R. S. I. n. d. a. b. bittet, daß es sich in der Vorlage um den Verkauf von Gelände der ehemaligen Gemarkung Redarau handle.

Die Stadt erziele durch den Verkauf eine schöne Einnahme und es sei deshalb wohl der Wunsch der Redarauner Einwohnerschaft berechtigt, daß ihren Wünschen etwas mehr wie bisher Rechnung getragen werden möge.

Oberbürgermeister Wed. entgegnet, er wolle der Gerechtigkeit halber nur darauf hinweisen, daß die Stadt für Redarau die Kanalisation gebaut, ein Schulhaus errichtet habe und den Bau eines zweiten neuen Schulhauses beabsichtige.

Auch die elektrische Bahn sei gebaut worden.

Stadtkomrat Eisenlohr sucht nachzuweisen, daß die Ausfüllung der Kanalisation so rasch beschleunigt werden sei, als wie dies nur möglich gewesen.

Ein Vorwurf, daß die Arbeiten zu langsam vorgegeschritten seien, könne gegen die Stadt nicht erhoben werden.

Die Vorlage wird hiermit angenommen.

**Vertheilung von 6 neuen Ortsstraßen auf dem Gelände des Kommerzienrats Karl Haas in Walldorf.**

Die Vorlage des Stadtrats ist von uns eingehend mitgeteilt worden.

St. R. S. I. n. d. a. b. bittet, daß eine Debatte über den zwischen der Stadt und Herrn Haas abzuschließenden Vertrag wohl nicht notwendig sei.

Der Bürgerausschuß genehmigt einstimmig die Vorlage.

**Bewerbung durch Beamte der Armenverwaltung.**

Die Vorlage des Statuts ist bekannt. Es handelt sich um die Anstellung von Beamten der Armenverwaltung als Vormund.

St. R. S. I. n. d. a. b. bittet, einen Appell an die wohlhabenden Massen zu erlassen, daß sie sich mehr wie früher in den Dienst der Armenpflege stellen.

Bürgermeister von Hollander stimmt den Ausführungen des Vorredners zu und richtet an die politischen Parteien die Bitte, auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß sich mehr Leute wie früher als Armenpfleger anstellen lassen.

Die politischen Parteien sollten die in der Armenpflege beschäftigten Personen bei der Uebertragung der kommunalen Ehrenämter in erster Linie mit berücksichtigen.

St. R. S. I. n. d. a. b. bittet die Anregung des Vorredners auf und richtet an die jetzigen Bürgerausschußmitglieder das Ersuchen, sich in den Dienst der Armenpflege zu stellen oder ihre Frauen dazu zu veranlassen.

Hiermit schließt die Debatte und die Vorlage des Stadtrats wird genehmigt.

**Änderungen der Satzungen der Sparkasse.**

St. R. S. E. I. b. referiert eingehend über die Vorlage und über die dazu gestellten Änderungsanträge des Stadtkomrats-Vorstandes.

Die Beratung dieses Gegenstandes dauert bei Schluß der Redaktion noch fort.

Nach Erledigung der Tagesordnung stimmte der Bürgerausschuß einstimmig dem vom Stadtrate in seiner letzten Sitzung beschlossenen Resolution an die badische Regierung gegen die Erhebung der Schiffsabgaben zu.

Sodann entspann sich eine längere Debatte über die Frage des Ausbaues des Straßenbahnnetzes von dem Ende der Rheinstraße nach der Rheinbrücke.

Zu der heutigen Bürgerausschußsitzung haben die Sozialdemokraten folgende Anträge eingebracht:

1. Die Forderung der Niederstbesteueren wünscht, daß nach Erledigung der Tagesordnung eine

Ausdrucksache über die Arbeitslosenbeschäftigung stattfindet.

2. Die Forderung der Niederstbesteueren wünscht, daß nach Erledigung der Tagesordnung eine

Ausdrucksache über die Verhältnisse im Hofengarten stattfindet.

**Neueste Nachrichten und Telegramme.**

**Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.**

\* Darmstadt, 9. Dez. Nach zweitägiger Debatte haben die zweite Kammer des Staatsparlamentes Baden und Hessen wegen Abtretung des Hessentals der Gemeinde Rinnbach an Baden mit großer Mehrheit an. Der Vertrag wird nunmehr den badischen Behörden

\* Darmstadt 9. Dez. (Hess. Ztg.) Der Landtags-Deputierter Hirschel bringt in dem von ihm herausgegebenen bauerntümlich-antifeministischen Organ „Die Volkswacht“ zur Kenntnis, daß er den Vorsitz im Landesverband der deutschen Reform-Partei für Südwest-Deutschland niedergelegt hat und gleichzeitig aus dem Verein ausgetreten ist.

\* Kaiserlautern, 9. Dez. Letzte Nacht entbrach auf bis jetzt unbekannter Weise in der Möbelfabrik von A. Christoffel Großfeuer, welches, durch starken Wind begünstigt, in kurzer Zeit auch das Wohnhaus ergriffen hatte. Die Fabrik ist total abgebrannt, von dem Wohnhaus das oberste Stockwerk. Die Fabrik beschäftigte etwa 15 bis 20 Arbeiter. Auch sämtliche Maschinen der Fabrik wurden vernichtet.

\* Frankfurt a. M., 9. Dez. Heute Vormittag fand hier die Generalversammlung der Lothringer Eisenwerke A.-G. statt, in der für 608 800 M. Aktien vertreten waren. Die Bilanz wurde genehmigt und Dividende erteilt. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung.

\* Stuttgart, 9. Dez. In Anwesenheit von etwa 200 Vertretern fast sämtlicher europäischen Länder haben heute hier die Verhandlungen der europäischen Fahrplan-Konferenz unter dem Vorsitz des Staatsrates von Belgien begonnen. Ein Antrag Elberfeld auf Beschleunigung der Ausgabe der endgültigen Fahrpläne wurde angenommen und als Ort der nächstjährigen am 8. und 9. Juni stattfindenden Konferenz Kopenhagen bestimmt.

\* Berlin, 9. Dez. (Hess. Ztg.) Der Ausschuß des Reichstages beschloß, die Behandlung der Reform des Böttengesetzes in der nächsten Vollversammlung zu behandeln.

\* Rixdorf (Medienburg), 9. Dez. Gestern Abend ertranken im Hiesigen See beim Schlittschuhlaufen ein 16jähriges Mädchen und ihr Begleiter, ein Knabe. Heute morgen wurden die Leichen der Verunglückten geborgen.

\* Paris, 9. Dez. In der bonapartistischen Partei ist neuerdings eine Spaltung eingetreten. Der Deputierter Marquis de Dion und einige andere Politiker, die bisher als Imperialisten galten, haben eine Partei gegründet, die für die Republik mit einem Konsul an der Spitze Propaganda machen will. Als Kandidat für den Posten des Konsuls wird Prinz Viktor Napoleon betrachtet. Zwischen Cassagnac und den Gründern dieser Partei ist ein lebhafter Streit entbrannt.

\* Paris, 9. Dezember. Der pensionierte General Cornu, früher Divisionskommandant von Nancy, wird auf Antrag des Kriegsministers vor ein Disziplinargericht gestellt, weil er in einem konservativen Blatt in heftigen Worten das Vorgehen des Kriegsministers kritisiert hat, der ihn, entgegen dem bisherigen Brauch, nicht zum Korpskommandanten ernannte. Das Disziplinargericht wird zu entscheiden haben, ob die Pensionierung des Generals nicht in schlichten Abschied umgewandelt werden soll.

\* Washington, 9. Dez. Vizepräsident Freyherr Speer von Eisenburg ist aus Deutschland heute wieder hier eingetroffen.

**Kriegsgerichtliche Verhandlung.**

\* Karlsruhe, 9. Dez. Vor dem kriegsgerichtlichen 22. Division stand heute der 22. Jahre alte Leutnant Jasper von Arnim vom hiesigen Leib-Grenadier-Regiment No. 109 unter der Anklage der Mißhandlung und Verleumdung eines Untergeordneten. Der Leutnant hatte diesen, namens Scheib, weil er beim Entladen seines mit Kampfpatronen geladenen Gewehrs nicht vorschriftsmäßig verfuhr und während des Entladens das Gewehr auf Arnims Brust gerichtet hatte, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß die Nase blutete und der Helm vom Kopf fiel und ihm dabei ein Schimpfwort zugerufen. Leutnant von Arnim gab den Tatbestand zu, erklärte aber, er habe in augenblicklicher Erregung gehandelt, weil der Grenadier das Gewehr direkt auf seine Brust gerichtet hatte und er der Gefahr ausgesetzt gewesen sei, erschossen zu werden. Um dieser Gefahr zu begegnen, sei er auf Scheib zugegangen und habe diesem in der Erregung einen Schlag versetzt. Scheib hatte keine Verletzung erlitten. Das Regimentskommando hatte erst von dritter Seite von dem Vorfall Kenntnis erhalten. Der Anklage-Vertreter beantragte 15 Tage Stubenarrest. Der Verteidiger plaidierte auf Freisprechung, weil man es hier nicht mit einer systematischen Anklage, sondern mit einem infolge naturgemäßen Zornes im Dienste vollführten Tat zu tun habe. Das Urteil lautete auf 14 Tage Stubenarrest.

**A. v. Hansemann.**

\* Berlin, 9. Dez. Geheimrat Kommerzienrat A. v. Hansemann ist heute morgen gestorben. (H. geb. 1826 zu Aachen, wurde 1857 Teilhaber der Diskonto-Gesellschaft, deren Leitung er nach dem Tode seines Vaters David H. übernahm. Er war Mitglied des Reichstages und Reichs-ungar. Generalkonsul.)

**Deutscher Reichstag.**

(2. Sitzung.)

\* Berlin, 9. Dezember.

1. Lesung des Etats.

Am Bundesratliche Reichskammer Graf Bismarck, die Staatssekretäre Posadowski, Tzipis, Freyher v. Michthofen, die Minister Müller und Rheinbaben. Der Präsident teilt das Ergebnis der Schlußföhrerwahl mit. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1904 in Verbindung mit der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderungen im Finanzwesen des Reichs. Schatzsekretär Freyher v. Stengel betont, daß es ihm nicht vergangen war, mit einem ersten Entwurf zu debattieren. Sein Amtsvorgänger habe im Vorjahre den Reßbetrag für 1902 auf 30 Millionen, vielleicht noch mehr geschätzt. Der genaue Reßbetrag von 30 723 000 M. hat seinen Grund mehr in dem Rücklage der Einnahmen, als in dem Reßbedarf der Ausgaben. Die Reßausgaben betragen 34 Millionen, die Einnahmen betragen 22 Millionen. Hauptursache infolge des Ausfalls bei der Zuckersteuer von 17, beim Branntwein von 9 Millionen. Mit allem Vorbehalt glaube ich, daß das Jahr 1903 mit einem Reßbetrage von über 20 Millionen, voraussichtlich sogar 30 Millionen abgesehen wird, auch hier infolge von Ausfall bei den Einnahmen. Die Einnahmen stehen Mehreinnahmen von 18 Millionen gegenüber, so daß immerhin eine Gesamteinnahme von 12 Mill. verbleibt. An Mehreinnahmen sind zu erwarten: 24 Millionen von der Salzsteuer, 36 Mill.

von der Branntweinsteuer, 34 Millionen und 6 Millionen von den Betriebsüberschüssen der Post und Eisenbahnen.

\* Berlin, 9. Dez. Der Senatorenkonvent machte sich heute über die Geschäfte des Reichstages schlüssig. Es werden vor Eintritt in die Weihnachtsferien, die vom 18. Dezember bis 12. Januar dauern sollen, die erste Lesung des Etats und das Handelsprovisorium mit England zur Beratung gelangen.

**Volkswirtschaft.**

**Flach- und Emallierwarenfabrik, A.-G., Kiersweiler.** In der heutigen Generalversammlung waren 715 000 M. mit 1430 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Direktor Großmann, legte die Bilanz und den Geschäftsbericht für 1902/03 vor, der von uns bereits veröffentlicht wurde und fand einstimmige Annahme. Hierauf teilte Direktor Großmann mit, daß über 50 pCt. des Aktienkapitals verloren seien und schlug vor, die Gesellschaft in Liquidation treten zu lassen, welcher Vorschlag einstimmig Annahme fand. Zu Liquidatoren wurden ernannt: Rechtskonsulent Plum-Reustadt und Kaufmann Weiser-Mannheim. Als Entschädigung für die Liquidatoren wurde festgesetzt, aus den Einnahmen 3 Prozent für das erste Jahr und 4 Prozent für die weitere Zeit zu verwenden. Weiter fand der Vorschlag, den vorhandenen Reorganisations- und Reservefonds in Höhe von 108 877 Mark zur teilweisen Deckung der Unterbilanz zu verwenden, Annahme. In die Liquidationskommission wurden gewählt: Rechtsanwalt Riffel-Mannstadt, Rechtsanwalt Meyer-Ludwigshafen, Post-Reustadt, Direktor Gintgräf-Mannstadt, Rudolf Röder-Mannstadt. Die Amtsniederlegung des alten Aufsichtsrates wurde genehmigt unter Vorbehalt der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit. In den neuen Aufsichtsrat wurden gewählt: Direktor Großmann, Dr. v. Banhardt-Landau, Rechtsanwalt Schnell-Landau, Dr. v. Zuccala-Mannheim und Dörflam-Mannstadt.

**Zur Insolvenz des Terran- und Holzgeschäftes Wilhelm Koehe in Berlin** wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Kasse auf das Zustandekommen eines Konkursplans günstige sind. Von den Gläubigern haben etwa 90 ihre Zustimmung bereits erteilt, eine Anzahl von Firmen hat die diesbezügliche Anfrage des Treuhänders, August Kämpf, Berlin, unbeantwortet gelassen und nur wenige nehmen eine ablehnende Haltung ein mit dem Hinweis, daß die Firma schon seit 2 Jahren, als die bekannte Firma H. M. Schramm fallierte und sie in Mitleidenschaft zog, schwach gewesen sei und ein Konkursum gewiss wäre, wenn sie in dieser Zeit ihre Position nicht wieder hätte festigen können. Es ist nun getrennt seitens des Treuhänders an sämtliche Gläubiger der Firma Koehe ein Rundschreiben erlassen worden, laut welchem zur Teilnahme an einer einzuberufenden Gläubigerversammlung aufgefordert wird. In dieser Versammlung wird der ungefähre Status der insolventen Firma vorgelegt werden; danach soll eine Beschlußfassung erfolgen. Bis wann ein Konkursum eingereicht ist. Die verschiedenen Warenverbindungen und Verkaufstermine, welche bereits anherbeigekommen waren, sind inzwischen nach Verhandlung mit den betreffenden Gläubigern aufgehoben worden. Wie verlautet, sollen der Kasse bei Zustandekommen eines Konkursplans zur sofortigen Verteilung 88 Prozent zur Verfügung stehen, während eine weitere Rate nach etwa sechs Monaten zur Auszahlung gelangen würde. Die betroffenen Bankinstitute, darunter die Darmstädter Bank, Berliner Bank, Westfälische Bank, Anglo-Bank, Gehr. Schiller, Berlin, Berliner Handelsgesellschaft, Hamburger u. Bremerische Bank, freien ausnahmslos für einen Zahlungsaufschub ein. Auch die größeren Warenhändler erließen einen solchen, umso mehr, als im Falle eines Konkurses die wertvollen Objekte, von welchen der Deutsche Ueberflusse erwartet werden, für den Betrag der ersten Hypothek an die Bankinstitute übergeben würden. Bei langwieriger Realisierung und Gründung einer Treuhandgesellschaft zur Verwertung der Vermögensgegenstände dürfte sich dagegen für die Gläubiger kein Verlust ergeben. — Die Insolvenz der Firma Wilhelm Koehe hat auch verschiedene andere Holzhandlungen, welche in finanziellen Beziehungen zu Koehe standen, empfindlich geschädigt. So mußte das alte, angesehene Möbelfabrikat von Brose u. Weiser in Krefeld, dessen Inhaber Stadtverordneter war, seine Zahlungen einstellen und ebenfalls ein Konkursum nachsuchen. Auch das Brandenburger Holz-Comptoir, Brandenburg, sah sich genötigt, seine Zahlungen um ein Arrangement zu ersuchen. Diese Firma hatte ausgebelebte Beziehungen zu Koehe unterhalten; ihre Beteiligung an diesem Falliment übersteigt die Höhe von 200 000 M.

**Deutsche Reichsbank.** Ausweis vom 7. Dezember. Die Deutsche Reichsbank verfügt über eine steuerfreie Rolentreserve von 183 444 000 M., gegen 126 651 000 M. am 30. Nov., und gegen 144 889 000 M. am 6. Dez. 1902.

**Mannheimer Bergwerksverein.** Die Dividende wird auf 3 pCt. (1. u. 2. pCt.) geschätzt. (Hess. Ztg.)

**Zahlungseinstellung.** Die Seidenfirma Bopp u. Co. hat nach der „Allg. Ztg.“ den Konkurs angemeldet.

**Wien, 9. Dez.** Die Generalversammlung der Österreichischen Schuler-Werke nahm einstimmig die Anträge der Verwaltung auf Übernahme des Startstrom-Geschäfts der Wiener Niederlassung der Firma Siemens u. Halske, sowie ferner auf Erhöhung des Aktienkapitals auf 18 Millionen Kronen und auf Änderung der Firma in Österreichische Siemens-Schulert-Werke und die diesbezügliche Änderung des Statuts an.

**New York, 9. Dez.** „Aller höchsten Baumwollspinnereien haben ein Komitee eingesetzt, beauftragt mit den notwendigen Maßnahmen zur planmäßigen Einschränkung der Produktion. (Hess. Ztg.)

**Frankfurter Effektenbörse.**

(Privat-Telegramm des General-Anzeigers.)

**w. Frankfurt a. M., 9. Dez.** Heute Wiener Kurse gaben heute der Börse Veranlassung zu fester Tendenz. Renten eröffneten fest. Insbesondere waren Österreichische Kreditbank, sowie Länderbank und Wiener Bankverein beliebt und Wert. Von Werten waren Staatsbahn gefragt. Auch Mittelmeerbahn fest. Montanwerte fest. Anleihen fest. Österreichische und ungarische Rentenwerte fest. Von ausländischen Wertpapieren auf Silberkurs niedriger. Chinas fest. Spanien behauptet. Länderverte fest. Löss schwächer. Industriewerte lagen fest, einzelne etwas schwächer. Schiffahrtswerte fest. Der Schluß der Börse war ruhig und wenig verändert. Bruttoabsatz 34.









# Weihnachten 1903 \* \* \*

## Weihnachts-Inserate

werden den grössten Erfolg haben durch unsere besonders ausgestatteten beiden

# Weihnachtsnummern

vom 13. und 20. ds. Mts., die wir im weitesten Umfange verbreiten werden.

Wegen Reservierung von Platz bitten wir um baldige Zusendung der Aufträge.

**Verlag des General-Anzeigers**  
der Stadt Mannheim und Umgebung.



**Bandagen**  
Neue Modelle!  
Keine Gefährdung,  
angenehmes Tragen,  
grösste Sicherheit,  
Extrastark, Reparatur

**Mayscheider**  
D 3 5 Theaterstr. 1. d. P. 100

**Auf Teilzahlung!**  
Anzahlung  
von 5 Mk. an.

**Julius Jttmann**  
Mannheim  
H. L. 8. H. L. 8.

Verf. Dr. Meibermann empfiehlt  
im Anfechten von Konten,  
Einfuhr u. Ausfuhr, Güter Exp.  
Kasse Briefe. D. 5, 2, 2. St.

**Vitalistische-  
homöop. Methode**  
Dr. Bergmann, Hanau

**Heilung**  
der  
Lungenleiden  
Lungentuberkulose  
(Schwindsucht)  
Husten, Verschleimung,  
Auswurf, Katarrh, Heiser-  
keit, Brustschmerzen,  
Stechen, Nachtschweisse,  
Asthma. 16913

Man verlange gratis und  
franko Prospekt mit den  
notariell beglaubigten  
Attesten bedeut. Ärzte.

**Lambert's Buchhandl.**  
Frankfurt a. M.,  
Wilhelmstrasse No. 6.  
Daselbst  
Broschüre Dr. Bergmann  
„Meine Lungenkur“  
50 Pfg.

88 Filialen.

Chemische Waschanstalt.

400 Angestellte.

# Färberei Gd. Printz.

Prompte Bedienung.

Mannheim — Seidelbergstrasse, P. 6, 21. — Telefon Nr. 1105.

Geduldige Ausführung.

**Handels - Curse**

**Vinc. Stock**  
Mannheim, P 1, 3

Buchführung, stül., dopp.,  
amerik., Kaufm., Rechnen,  
Wechsel-u. Kalkulationskunde,  
Handelskorrespondenz,  
Kontopraxis, Stenogra-  
phie, Schreibrufen,  
deutsch u. lateinisch, Hand-  
schrift, Maschinenschrift, etc.  
Gründlich, rasch u. billig.

Garant. vollkommene Ausbild.  
Zahlreiche ehrenvolle  
Anerkennungsschreiben  
Von titl. Persönlichkeiten  
als nach jeder Richtung

„Mustergiltiges  
Institut“

auf Wärme empfohlen.  
Günstigste Stellenvermittlung.  
Prospekte gratis u. franco.  
Herrn- u. Damenkurs getrennt.

für einen fünfjährigen  
**Knaben**

werden gute Pflegerinnen ge-  
sucht. Offerten unter Nr.  
2214 an die Expedition  
dieses Blattes.

**Damen** finden discrete und  
liebvolle Aufnahme  
bei Frau Bürgel, Seemanns-  
Gasse, 1. Etage. 6905

**Verloren**  
Ein schwarz. Portemonnaie  
mit Silbergeld u. gold. Ueber-  
reste verloren. Der eckl. Finder  
wird gebet. bill. geg. gute Belohn.  
L. 15. 15. 4. St. abzugeben.

**Neujahr 1904**

**Gratulations-  
karten**

In einfacher wie elegantester  
Ausführung

Herzliche  
Zum Neuen  
die besten  
Wünsche!  
Erad Porz.  
Jahre!

**Dr. S. Saas'sche  
Buchdruckerei**  
G. m. b. H.

**Hemden nach Mass.**  
Garantie für vorzüglichen Schnitt und Sitz.  
Massnahmen u. Mustervorlage auf Wunsch  
bei den Kunden. 17396

**M. Keller, D 3, 10/11, 1 Tr.**

**Puppenwaren-Partie.**  
5000 Stück  
**Puppen**  
werden enorm billig verkauft.

**Manufactur-, Klein- und Partic-Warengebiöl**  
**Louis Stein Söhne**  
2 Verkaufslökal: U 1, 11 u. K 1, 9, a. d. Neckarbrücke.

(Statt besonderer Anzeige.)  
**Todes-Anzeige.**

Heute früh verschied plötzlich mein innigstgeliebter, unver-  
gesslicher Gatte, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwieger-  
sohn und Schwager, Herr

**Siegmund Fels**  
im Alter von 56 Jahren. 17996

Wir bitten um stille Teilnahme.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Amanda Fels, geb. Blankenstein.**

Mannheim, den 8. Dezember 1903.  
Die Beerdigung findet Donnerstag früh 10<sup>30</sup> Uhr von  
der Leichenhalle des israel. Friedhofes aus statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.  
**Todes-Anzeige.**

Bernwarden, Brunden und Bekannten die ich mir  
hiermit erlaube, daß unsere geliebte Mutter, Schwieger-  
mutter und Großmutter, Frau

**Amalie Balzar Wwe.**  
heute Nacht nach langem Leiden sanft entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.  
Mannheim — Montag bei 10<sup>30</sup> Uhr, 9. Dezember 1903.  
S. 4, 10. 17996

Die Beerdigung findet Freitag, vormittags 11 Uhr,  
von der Leichenhalle aus statt.

**Gebelingsgesuche**  
Größeren Wohnungsfürsucht  
mit 2 Zim., 2 Bäd., Be-  
heizung, elektr. Licht, Ofen,  
W. H. 2114 an der Gr. d. St.

**Stellen finden**  
Jünger Kaufmann 19 Jahre  
alt, mit 2 Jahren in unter be-  
sonderen Aufträgen, etc.  
Offerten unter A. Nr. 17176  
an die Exped. d. Bl.

**Zu vermieten**  
Zu vermieten 10 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Gelegenheit!**  
Eingetretener Umstand  
halber wird eine äußerst  
gediegene neue  
**Schlafzim.-Einrichtung**  
für die Hälfte des Wertes  
abgegeben und dabei ev. für  
Teilbetrag Creditierung be-  
willigt. Geht. Reflektanten  
beziehen sich zu wenden an  
Nr. 22122 an die Exped.

**Stellen finden**  
Für eine lehrjahrgänge  
Wandergeselle in  
**jüngerer Reisender**  
zum Besuch der Detailisten und  
Güter für Mannheim und  
umgeben. Geht. gegen Gehalt,  
Provision und Verantw. gegen  
Kauf. Überliche Offerten mit Lebens-  
lauf und Aufg. von Mannheim  
an H. A. 1465 an die Exp.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.

**Zu vermieten**  
C 1, 2 u. 3. Etage, 2 Zim., 2 Bäd.,  
elektr. Licht, Ofen, W. H. 2114  
an der Gr. d. St.







## Seidenstoffen u. Samten.

Spitzen-Echarpes, Fantasie-Echarpes,  
seidene Schürzen, Tücher,  
Ridicules, Boas, Rüschen etc.

in prachtvoller Auswahl.

 **Der Weihnachts-Ausverkauf in Seidenstoffen dauert fort.**

Bevor Sie 18416  
**Silberne Bestecke**  
kaufen verlangen Sie Muster und Preise von  
**Hugo Kuhn, Juwelier**  
Ludwigshafen a/Rh., Bismarckstrasse 52.  
Grosses Musterlager.

**N. H. Wolff Sohn,**  
Speisemarkt G 2, 1a.

G. m. b. H.  
Mannheim, C 1, 1 (im früh. Mag. Pechold'schen  
Laden.)  
Kaufhaus für Photographie-Bedarf.

**August Reichert**  
Kantor: Luisenring 27. Fernsprecher 856

## Ostertag-Kassenschränken.

finden Sie in grösster Auswahl an den billigsten Preisen in dem Spielzeuggeschäft für Bureaubedarfartikel  
1893  
A. Löwenhaupt Stube Nachf.  
V. Fahlbusch  
N 1, 9 im Kaufhaus.  
Der Kunde wird sofort zum Schatz  
angeworben.  
Q 4, 15, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000, 1005, 1010, 1015, 1020, 1025, 1030, 1035, 1040, 1045, 1050, 1055, 1060, 1065, 1070, 1075, 1080, 1085, 1090, 1095, 1100, 1105, 1110, 1115, 1120, 1125, 1130, 1135, 1140, 1145, 1150, 1155, 1160, 1165, 1170, 1175, 1180, 1185, 1190, 1195, 1200, 1205, 1210, 1215, 1220, 1225, 1230, 1235, 1240, 1245, 1250, 1255, 1260, 1265, 1270, 1275, 1280, 1285, 1290, 1295, 1300, 1305, 1310, 1315, 1320, 1325, 1330, 1335, 1340, 1345, 1350, 1355, 1360, 1365, 1370, 1375, 1380, 1385, 1390, 1395, 1400, 1405, 1410, 1415, 1420, 1425, 1430, 1435, 1440, 1445, 1450, 1455, 1460, 1465, 1470, 1475, 1480, 1485, 1490, 1495, 1500, 1505, 1510, 1515, 1520, 1525, 1530, 1535, 1540, 1545, 1550, 1555, 1560, 1565, 1570, 1575, 1580, 1585, 1590, 1595, 1600, 1605, 1610, 1615, 1620, 1625, 1630, 1635, 1640, 1645, 1650, 1655, 1660, 1665, 1670, 1675, 1680, 1685, 1690, 1695, 1700, 1705, 1710, 1715, 1720, 1725, 1730, 1735, 1740, 1745, 1750, 1755, 1760, 1765, 1770, 1775, 1780, 1785, 1790, 1795, 1800, 1805, 1810, 1815, 1820, 1825, 1830, 1835, 1840, 1845, 1850, 1855, 1860, 1865, 1870, 1875, 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910, 1915, 1920, 1925, 1930, 1935, 1940, 1945, 1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2020, 2025, 2030, 2035, 2040, 2045, 2050, 2055, 2060, 2065, 2070, 2075, 2080, 2085, 2090, 2095, 2100, 2105, 2110, 2115, 2120, 2125, 2130, 2135, 2140, 2145, 2150, 2155, 2160, 2165, 2170, 2175, 2180, 2185, 2190, 2195, 2200, 2205, 2210, 2215, 2220, 2225, 2230, 2235, 2240, 2245, 2250, 2255, 2260, 2265, 2270, 2275, 2280, 2285, 2290, 2295, 2300, 2305, 2310, 2315, 2320, 2325, 2330, 2335, 2340, 2345, 2350, 2355, 2360, 2365, 2370, 2375, 2380, 2385, 2390, 2395, 2400, 2405, 2410, 2415, 2420, 2425, 2430, 2435, 2440, 2445, 2450, 2455, 2460, 2465, 2470, 2475, 2480, 2485, 2490, 2495, 2500, 2505, 2510, 2515, 2520, 2525, 2530, 2535, 2540, 2545, 2550, 2555, 2560, 2565, 2570, 2575, 2580, 2585, 2590, 2595, 2600, 2605, 2610, 2615, 2620, 2625, 2630, 2635, 2640, 2645, 2650, 2655, 2660, 2665, 2670, 2675, 2680, 2685, 2690, 2695, 2700, 2705, 2710, 2715, 2720, 2725, 2730, 2735, 2740, 2745, 2750, 2755, 2760, 2765, 2770, 2775, 2780, 2785, 2790, 2795, 2800, 2805, 2810, 2815, 2820, 2825, 2830, 2835, 2840, 2845, 2850, 2855, 2860, 2865, 2870, 2875, 2880, 2885, 2890, 2895, 2900, 2905, 2910, 2915, 2920, 2925, 2930, 2935, 2940, 2945, 2950, 2955, 2960, 2965, 2970, 2975, 2980, 2985, 2990, 2995, 3000, 3005, 3010, 3015, 3020, 3025, 3030, 3035, 3040, 3045, 3050, 3055, 3060, 3065, 3070, 3075, 3080, 3085, 3090, 3095, 3100, 3105, 3110, 3115, 3120, 3125, 3130, 3135, 3140, 3145, 3150, 3155, 3160, 3165, 3170, 3175, 3180, 3185, 3190, 3195, 3200, 3205, 3210, 3215, 3220, 3225, 3230, 3235, 3240, 3245, 3250, 3255, 3260, 3265, 3270, 3275, 3280, 3285, 3290, 3295, 3300, 3305, 3310, 3315, 3320, 3325, 3330, 3335, 3340, 3345, 3350, 3355, 3360, 3365, 3370, 3375, 3380, 3385, 3390, 3395, 3400, 3405, 3410, 3415, 3420, 3425, 3430, 3435, 3440, 3445, 3450, 3455, 3460, 3465, 3470, 3475, 3480, 3485, 3490, 3495, 3500, 3505, 3510, 3515, 3520, 35

in der Expedition des „General-Anzeigers.“